

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinstes Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postkonten: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die bekanntesten Stellen des Tages, außerhalb der Hauptmannschaft: Plz. im amtlichen Blatt (aus von Behörden) die Stelle 200 Pf. — Einzelzahl mit Rechnungen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 5

Freitag den 6. Januar 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

Auf Blatt 246 des hiesigen Handelsregisters, den Chemnitz Bankverein, Zweigstelle Dippoldiswalde in Dippoldiswalde betr. ist heute eingetragen worden: die außerordentliche Generalversammlung vom 29. Oktober 1921 hat laut Notariatsurkunde vom gleichen Tage die Erhöhung des Grundkapitals um siebenzig Millionen Mark, zerfallend in 70000 auf den Inhaber lautende Aktien zu je 1000 M., mithin auf 100 Millionen Mark beschloffen.

Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. § 5 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages ist entsprechend geändert worden.

Zum Vorstandsmitglied ist bestellt worden der Bankdirektor Friedrich von Kuv in Chemnitz.

Zum stellvertretenden Vorstandsmitglied ist bestellt worden der Bankdirektor Johannes Hieremann in Chemnitz. Procura ist erteilt dem Bankbeamten Otto Bösch in Dippoldiswalde für den Geschäftsbereich der Zweigstelle Dippoldiswalde, dergestalt, daß der Genannte nur zusammen mit einem Vorstandsmitglied, einem anderen Prokuristen oder einem Bevollmächtigten der Gesellschaft vertretungsberechtigt ist.

Amtsgericht Dippoldiswalde, den 28. Dezember 1921.
I. A. Reg. 77c/21.

Deutliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. In diesem Jahre findet die erste Hauptversammlung des Militärvereins Dippoldiswalde nicht wie sonst in der Regel am Hohnenjahrstage, sondern am Sonntag den 15. Januar, und zwar in der „Reichskrone“ statt. Der Hauptversammlung wird sich diesmal wieder wie vor dem Kriege ein Neujahrskonzert anschließen. Bekanntmachung mit Tagesordnung für die Hauptversammlung erfolgt noch.

Die Zeitung ist zu teuer! — das hört man angeichts der letzten Bezugspreiserhöhung jetzt im verstärkten Maße und mancher glaubt, seinen Unwillen am wirkungsvollsten dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß er auf das Lesen einer Zeitung verzichtet. Das ist natürlich töricht und schädigt den Leser selbst am meisten. Die Bezugspreiserhöhung war notwendig, dies beweist am besten die Tatsache, daß alle Zeitungen, einschließlich der sozialistischen Parteipresse, die Erhöhung mitmachen mußten. Es war also nicht bloß ein lukratives Geschäft, sondern eine bittere Notwendigkeit. Man braucht sich auch nur einmal zu überlegen, was alles zu einer Zeitung gehört, um zu erkennen, daß die Preise viel zu niedrig waren. Eine weitere Einschränkung des Textes war aber nicht mehr möglich, wenn die Zeitungen nicht jeden praktischen Wert verlieren wollten. Sehr richtig wies J. B. in einer der letzten Nummern die „Volksstimme“ in Chemnitz ein Leser darauf hin, daß er im Frieden 3 Stunden arbeiten mußte, um das Zeitungsgeld zu verdienen, während heute 1 $\frac{1}{2}$ Stunden genügen, um das erhöhte Bezugsgeld zu verdienen. Also 1—1 $\frac{1}{2}$ Arbeitsstunde genügt, um für einen ganzen Monat eine Zeitung frei ins Haus geliefert zu bekommen. Williger kann doch tatsächlich heutzutage eine Zeitung nicht sein.

Der Achtstundentag. Durch Reichsgerichtsentscheidung ist die rechtliche Seite des achtsündigen Arbeitstages geklärt worden, bevor noch der Reichstag ein endgültiges Gesetz angenommen hat. Diese Entscheidung betrifft die Seite des Arbeitnehmers. Darnach ist ein Arbeiter, der freiwillig zur Aufbesserung seiner materiellen Lage länger als acht Stunden tätig ist, deswegen nicht zu bestrafen. Dagegen kann der Arbeitgeber keinen Zwang auf sein Personal ausüben, länger als 8 Stunden zu arbeiten.

Heidenau. Der hier zum Gemeindevorstand gewählte Abg. Menke hat mit Zustimmung des Ministeriums die Leitung der hiesigen Ratsgeschäfte übernommen. Die Differenz wegen der Amtszeit des hiesigen Vorstands harret noch der Lösung.

In der Nacht zum Dienstag führte die Müglitz Hochwasser. Dabei wurde u. a. ein großer, etwa 11 Meter langer Baumstamm angetrieben, der sich vor der Einnünderung in die Elbe in der Nähe der Roten Mühle festsetzte. Die Polizei ließ den Stamm bergen.

Wilsdruff. Im Monat Dezember 1921 sind an insgesamt 82 Personen laufende Erwerbslosenunterstützungen im Betrage von 9746,67 M. ausgezahlt worden. Die Zahl der unterstützten Personen setzt sich zusammen aus 47 Erwerbslosen und 35 Familienmitgliedern (Ehefrauen und Kinder).

Freiberg. Ein seit 18 Jahren mit einer Italienerin verheirateter Geschäftsführer in Freiberg war im Jahre 1919 hier eine zweite Ehe mit einer Gastwirtstochter eingegangen.

Um dies zu ermöglichen, hatte er sich falscher Papiere bedient. Er wurde jetzt wegen Doppeltebe in Haft genommen. Rathewalde. Eine Kuh eines hiesigen Outsbetters brachte vorige Woche vier Kälber zur Welt. Das erste Kalb lebt, während die übrigen drei durch verspäteten Eingriff tot geboren wurden.

Stolpen. Der Stadtminderat beschloß die Einführung der örtlichen Gewerbesteuer, und zwar mit 6 gegen 5 Stimmen rückwirkend ab 1. April 1921.

Goldth. In Schirra wurden in einer der letzten Nächte beim Bäckermeister Schmidt 2 Schweine mit einem in Kaltenborn entwendeten Handwagen gestohlen. Die Diebe haben die Schweine, etwa 5 Zentner im Gewicht, nach Kößern geschafft, woselbst sie in einem Steinbruch, mit Tüchern und Laub verdeckt, ausgeschlachtet aufgefunden wurden. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Leipzig. Seit dem 1. Januar 1922 gehören die Vororte Großschöcher-Windorf, Leupsh, Wahren, Pannsdorf der Stadt Leipzig an und sind damit in die Großstadt aufgenommen. Insgesamt hat dann Leipzig nicht weniger als 29 Vororte einverleibt, eine Leistung, die bisher wohl keine andere deutsche Stadt aufzuweisen hat. Die Fläche Leipzigs wird von jetzt ab 10 375 Hektar, also etwas über 103 Quadratkilometer betragen, die Einwohnerzahl nach der letzten Volkszählung 636 503. (Nur diese Ziffer ist maßgebend für einen Vergleich mit anderen Städten.) Welche Bedeutung die Vororte gegenüber Alt-Leipzig, d. h. dem Leipzig, wie es bis Ende 1888 bestand, erlangt haben, geht daraus hervor, daß Alt-Leipzig nur 178 800, die Vororte dagegen 459 700 Einwohner zählen. Die gegenwärtige Bewohnerzahl Leipzigs läßt sich auf etwa insgesamt 600 000 schätzen. Eine genaue Unterlage hierfür läßt sich jedoch nicht gewinnen.

Leipzig. Der Plan eines Messeturms von 30 Stockwerken nähert sich seiner Verwirklichung. Nachdem andere Messeturme, wie der Welthandelspalast auf dem Schwanenteichgelände und die Ausgestaltung der Frankfurter Wiesen für die Messe, für absehbare Zeiten aufgegeben worden sind, hat der Rat jetzt eingegriffen und sich für den Messeturm entschieden. Der Rat hat genehmigt, daß der Messeturm am Fleischerplatz, wo jetzt das Hahnemann-Denkmal steht, errichtet werde. Die angrenzenden Straßen und Anlagen müssen infolgedessen verlegt werden. Wenn die Kosten hierfür von dem Unternehmer getragen, und die Mittel für das Bauwerk sichergestellt sind, soll das Gebäude auf 99 Jahre in Erbpacht überlassen werden. Die Unternehmer des Riesenhauses sind mit dem Angebot des Rates einverstanden und hoffen auch, die Geldmittel aufzubringen. Der Entwurf stammt von dem Leipziger Architekten Haimoovici, der mit Baurat Jchammer zusammen die Pläne ausgearbeitet hat. Das Gebäude soll 120 Meter hoch werden und im Kern einen Umfang von 60 Metern haben. Es wird nicht aus 30 Stockwerken in landläufigem Sinne bestehen, sondern aus sechs aufeinandergebauten Häusern mit je 5 wechselweise verschieden hoch liegenden Stockwerken, im ganzen also 30 Stockwerken. Ueber den zu erwartenden Personenverkehr wird berichtet, daß mit einer Ausstellerzahl von 2000 bis 3000 gerechnet wird, die etwa 4000 bis 5000 Hilfskräfte benötigen. Die tägliche Besucherzahl während der Messe ist auf etwa 50 000 geschätzt. Eine Stockung im Verkehr wird nicht entstehen, weil die Hälfte der Fahrstühle ins Erdgeschloß, ins Freie nach den Durchfahrten münden. Die Baukosten wurden im Herbst 1919 auf 30 Millionen Mark ermittelt, im Januar 1921 waren sie bereits auf 75 Millionen Mark gestiegen. Die heutige Entwertung des Geldes wird zu einer weiteren Preissteigerung führen, wozu noch die gewaltigen Kosten für die Verlegung der Straßen kommen. Aber es scheint, als ob den Unternehmern davor nicht bange ist.

Falkenstein. Unsere Girokasse hat sich überaus günstig entwickelt. Während im Jahre 1920 der Umlauf rund 20 Millionen Mark betrug, ist er im Jahre 1921 auf rund 290 Millionen Mark angewachsen! In der Sparkasse waren etwa 7 600 000 Mark Einlagen und 6 500 000 Mark Rückzahlungen zu verzeichnen. Das Einlegerguthaben betrug Ende Dezember 1921 rund 20 Millionen Mark.

Aue. In der Stadtverordnetenversammlung wurde die Abrechnung der städtischen Kriegswirtschaft, die mit einem Fehlbetrag von nur 302 000 M. abschließt, wovon 238 000 M. auf den Handel mit Lebensmitteln entfallen, genehmigt. Genehmigung fand auch der Vertrag der Stadt mit der hiesigen Orchestervereinigung, die nunmehr Stadtkapelle heißt und einen städtischen Jahreszuschuß von 25 000 M. erhält.

Annaberg. In der ersten Sitzung des neugewählten Stadtverordnetenkollegiums wurde der frühere Stadtverordnetenvorsteher Dr. Weigel (bürgerl.) wieder zum Vorsteher ge-

wählt, die Stadtverordneten Leistner (Soz.) und Arleg (bürgerlich) zum 1. bzw. 2. Vizevorsteher. Im Verwaltungsausschuß ist das Stimmenverhältnis 8 Bürgerliche, 4 Sozialdemokraten.

Zittau. Am Silvesterabend wurde ein Landstreicher in betrunkenem Zustande eingeliefert und zum Ausschließen seines schweren Rausches in der Zelle der Polizeiwache untergebracht. In den frühen Morgenstunden gesellten sich dazu ein Friseurgehilfe und ein Zimmergeselle, die dem Silvester mehr als reichlichen Tribut gezollt hatten und nicht in der Lage waren, ihre Heimstätte zu finden. Als sie jedoch aus ihrem Rausche erwachten, bemerkten sie zu ihrem großen Schrecken, daß sie neben einem Toten lagen. Der Wandermann hatte seine Augen für immer geschlossen. Er war ein gewohnheitsmäßiger Trinker. Der übermäßige Alkoholgenuß hatte eine Herzschwäche hervorgerufen und seinem Leben ein Ende gemacht.

Handel und Gewerbe im Dezember.

Verhängnisvolle Spekulationswut.

Nach den Berichten, die die preussischen Handelskammern über den Geschäftsgang von Handel und Industrie im Monat Dezember dem Handelsministerium erstattet haben, erschröckte die Preisbesserung der Markt infolge der Washingtoner Konferenz Anfang Dezember das ganze Wirtschaftsleben. Die Börse vom 1. Dezember zeigte alle Merkmale einer Katastrophe, die zum großen Teile eine Folge davon war, daß in bisher ganz unbekanntem Maße weiteste Kreise, insbesondere auch Kapital schwache, sich an der Börsenspekulation beteiligt hatten. Eine Erholung an den folgenden Börsentagen war nicht von Dauer. Die Kursrückgänge nahmen bis in die Weihnachtswochen hinein zu, und erst nach den Feiertagen zeigte sich eine festere Tendenz bei geringem Geschäft. Die Lage des Marktes würde ganz beherrschend durch das Reparationsproblem, dessen Lösung zwar als notwendig erkannt, aber noch ganz ungewiß ist.

Der Rückgang des Dollarpriests hat dem Einzelhandel das Weihnachtsgeschäft verdorben. War schon vorher die Kaufkraft fast erschöpft, so schwand nunmehr auch die Kaufkraft dahin. Freilich wäre der Einzelhandel zum Teil gar nicht in der Lage gewesen, den Ansprüchen zu genügen, wenn die Nachfrage der Vormonate unvermindert und gesteigert fortgedauert hätte. Vom Einzelhandel wird darauf hingewiesen, daß der Umstand, daß er nicht den Tagespreis nehmen dürfe, dahin führe, daß er sich ausverkaufen und seine Lager nicht aus dem Betriebskapital ergänzen kann, während ihm auf der anderen Seite außerordentliche Verluste drohen, sobald die Konjunktur zurückgeht und er genötigt ist, mit den sinkenden Preisen mitzugehen.

Da der Einzelhandel deshalb nicht kaufen konnte oder mochte, übertrug sich der Geschäftsrückgang unmittelbar auf den Großhandel. Bei wesentlichem Rückgang seiner Umsätze schilbert dieser die Erhöhung der Kosten durch die Verteuerung von Behältern und Adhnen, Bort, Frachten- und Personenverkehr usw. als sehr drückend, zumal er nicht in der Lage ist, ausreichende Reserven anzusammeln, sondern seine Gewinne von den Steuern voll erfaßt werden.

Aus der Industrie wird von allen Seiten ein Stoßen im Auftragsgang gemeldet. Da aber wohl überall ältere Bestellungen vorhanden sind, machten sich die ungünstigen Folgen der Marktbesserung im Augenblick noch weniger geltend, als die der vorangegangenen Entwertung, indem die Produktionsverteuerung durch gesteigerte Adhne, Rohmaterialien und Frachten die Gewinne beschneidet aber gar die Ausführung der Aufträge verlustreich machte. Vor allem aber litt die Industrie sehr unter der schmerzlichen Kohlenmangel. In einzelnen Industriezweigen ist schon jetzt die Erleblung der vorhandenen Aufträge abzusehen und die Weiterbeschäftigung der Arbeiter vom Eingang neuer Aufträge abhängig.

Schlechte Aussichten?

Beginn der Vorbereitungen in Cannes. Der größte Teil der Konferenzteilnehmer ist bereits in Cannes versammelt. Den eigentlichen Beratungen gehen inoffizielle Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand voraus, in denen das bisher noch gänzlich unbestimmte Programm der Konferenz festgelegt werden dürfte. Im Abgigen steht man selbst in Ententezkreisen wenig Hoffnung auf die bevorstehende Tagung des Obersten Rates.

In einem Vortragsartikel der „Times“ heißt es sehr bezeichnend, die Aussichten für Cannes seien nicht sehr hoffnungsvoll. Der Oberste Rat könne während der kurzen Dauer der Sitzung in Cannes nicht die Grundlage für eine neue Ära schaffen. Er könne nur dringende Probleme des Augenblicks behandeln und nützliche Vorschläge in der Reparationsfrage machen, denen die Alliierten zustimmen könnten.

Lloyd Georges Pläne.

Reuters Berichterstatter in Cannes beurteilt die augenblickliche Lage etwas züversichtlich. Er schreibt: Die Anzahl der britischen Delegierten deute auf den Umfang der Erörterungen hin, die Lloyd George im Sinn habe. Alles hänge jedoch von der Haltung Frankreichs und der Haltung der übrigen Alliierten ab. Lloyd George beabsichtige nicht nur eine einzelne Frage zu behandeln, sondern zu versuchen, etwas zu erreichen, was die verschiedenen europäischen Regierungen zusammenbringe, bezüglich der Reparationsfrage scheine die Ansicht vorzuherrschen, daß Frankreich erhalten müsse, was ihm zustehe. Man zeige viel Verständnis für Briand's Schwierigkeiten dem Parlament und dem Lande gegenüber. Allgemein sei man der Ansicht, daß die Konferenz länger als eine Woche dauern werde, und daß die Beratung der Außenminister über die Probleme des nahen Ostens vielleicht ebenfalls an der Riviera stattfinden werde.

Der englische Außenminister Lord Curzon ist übrigens bereits unterwegs nach Cannes. Außerdem hat sich Sir Bradburgh, der englische Vertreter in der Reparationskommission, dorthin begeben. Ferner wird noch der italienische Ministerpräsident Bonomi erwartet, in dessen Begleitung der Außenminister Zorretta sich befindet.

Die Grundlage der Konferenz.

Im „Daily Chronicle“ schreibt der sehr gut unterrichtete Voltolini, es würde sich für England lohnen, Frankreich und Belgien ein Vorkrecht an den Reparationen zu geben und die Neutralität der Rheinlande zu garantieren, wenn es im Austausch möglichst sein würde, eine dauernde Regelung sowohl der Reparationsfrage als auch der Abrüstungsfrage in Europa zustande zu bringen. Dies sei die wirkliche Grundlage der Konferenz von Cannes. Es sei zweifelhaft, ob die Konferenz von Cannes mehr als einen Anfang machen könne. Die Schwierigkeit liege nicht bei den politischen Führern, sondern bei der öffentlichen Meinung.

Entlarvung einer Diebesbande.

Ein höherer Reichsrichter unter Diebstahl- und Kuppelverdacht.

In Berlin erregt zurzeit eine umfangreiche und komplizierte Diebstahls- und Kuppelgeschichte großes Aufsehen, in die auch ein höherer Reichsbeamter verwickelt ist. Ein großes Berliner Konfektionsgeschäft wurde kürzlich mit dem Besuche von zwei kostbar gekleideten Damen beehrt, von dem die eine einen in diesem Geschäft befindlichen Gegenstand verschwinden ließ. Dies hatte eine Verkäuferin bemerkt und damit war das Verhängnis für eine große Kadendiebesbande gekommen, die schon seit Jahren die großen Berliner Geschäfte systematisch beraubt und die geraubte Beute in großen Mengen nach Holland verschoben hat. Die Diebesbande, die sich nach außen hin einen eleganten Anstrich zu geben wußte, hatte sich in der teuersten Gegend Berlins etabliert und während langer Zeit nicht verdächtigt gemacht.

Die Diebesbande besteht nach den bisherigen Ermittlungen aus einem Ehepaar Röber, deren drei Töchter, deren Männern und einem Ehepaar Häls. Von diesen Töchtern ist eine mit dem Direktor der Reichstreuhand-Gesellschaft Morvilius verheiratet, der ebenfalls in Haft gesetzt wurde, weil er in starkem Verdacht steht, um die Diebstähle gewußt und davon Nutzen gezogen zu haben. Morvilius wird weiter verdächtigt, seine Frau zu gewerbsmäßiger Anzucht verleitet zu haben. Er ist der Kuppeler stark verdächtig. Seine vorgelegte Behörde läßt amtlich dazu erklären, daß Morvilius 1918 in das damals ins Leben gerufene Reichsverwertungsamt eintrat. Da über die Tätigkeit des Morvilius im Reichsverwertungsamt nur Günstiges bekannt war, und da er mit allen Zweigen des komplizierten Rechnungswesens vertraut war und als durchaus zuverlässig angesehen wurde, übernahm ihn die Reichstreuhandgesellschaft als Leiter des Rechnungs- und Buchhaltungswesens. Aus Anlaß der das Privatleben des Morvilius betreffenden Mitteilungen hat sich der Vorstand der Reichstreuhandgesellschaft veranlaßt gesehen, ihn sofort vom Dienst zu suspendieren und eine erneute gründliche Kontrolle seiner Geschäftsführung zu veranlassen; bisher hat die Revision nichts Belastendes ergeben.

Politische Rundschau.

— Berlin, 5. Januar 1922.

Der Generalbevollmächtigte des ehemaligen Kaisers v. Berg, stellt in einer öffentlichen Erklärung fest, daß alle Gerüchte über eine Wiederwahlung Wilhelms II. vollständig aus der Luft gegriffen seien.

— An Stelle des demnächst zurücktretenden bisherigen amerikanischen Geschäftsträgers Presel soll das kongressfähige Allan Clayton zum Vertreter Amerikas in Berlin ernannt werden.

— Das demokratische „Schleswigsche Tageblatt“, das in den letzten Jahren erschienen, hat plötzlich sein Erscheinen eingestellt, weil es nicht mehr durch die dem Rechnungswesen heute berechneten niedrigen Einnahmen imstande war, die Kosten zu decken.

— In Kassel sind jetzt sämtliche unter dem Verdacht der Beteiligung am Sprengstoffverbrechen vom März 1921 verhafteten Kommunisten wegen Mangel an Beweisen freigelassen worden.

— Heinrich v. Tiedemann-Seckelm, der Begründer des Dismarckvereins, ist zu Berlin im 79. Lebensjahre gestorben.

Die Neuwahl des Reichspräsidenten. Die Frage der Neubesetzung des Reichspräsidentenpostens steht neuerdings wieder im Vordergrund der politischen Erörterungen. Bekanntlich hieß es zu Beginn v. J., die Wahl des Reichspräsidenten müsse hinausgeschoben werden, bis die Entscheidung über Oberschlesien gefallen sei. Die Abstimmung ist vorüber und die Alliierten haben längst über das Schicksal des Abstimmungsgebietes entschieden, so daß der Wahl des Reichspräsidenten nichts mehr entgegensteht. Einige Kreise bringen jetzt darauf, diese Wahl baldigt vorzunehmen. Wie die „Deutsche Allgem. Zeitung“ hierzu in bezug auf parlamentarischen Kreisen erzählt, beabsichtigen die Reichstagsfraktionen vorläufig noch nicht auf eine Entscheidung in dieser Frage zu drängen, so lange nicht die Gesetzesvorlagen über den Volksscheid u. a. verabschiedet worden sind. Vor allen Dingen konnte über die Frage einer geeigneten Kandidatur trotz vielfacher Bemühungen bisher noch keine Einigung erzielt werden, so daß vorläufig kaum mit einer Neuwahl des Reichspräsidenten zu rechnen sein dürfte. Gleichzeitig rückt damit die Frage der Benennungsfähigkeit des Gehalts des Reichspräsidenten immer mehr in den Vordergrund, die bezweckt, den jeweiligen Präsidenten unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit zu machen.

Der Schutz der Republik. Halbamtlich wird der Wortlaut des „Gesetzesentwurfs zur Anpassung des Strafgesetzbuchs an das Verfassungsrecht“, der fälschlich als „Gesetz zum Schutze der Republik“ bezeichnet wird, im Auszuge mitgeteilt. Der Entwurf enthält u. a. folgende Vorschrift: „Wer die verfassungsmäßige Staatsform oder die Reichs- oder Landesfarben öffentlich beschimpft, wird mit Gefängnis bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mark sowie auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter erkannt werden. Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen zu Gewalttätigkeiten gegen die Person des Staatsoberhauptes oder eines Mitgliedes der Reichsregierung oder einer Landesregierung auffordert oder anreizt.“

Die Durchführung der Entwaffnung. Auf Grund des Ultimatus und der Entwaffnungsnotizen vom Mai 1921 sind der Reichstreuhandgesellschaft zur Verfügung u. a. folgende Bestände an Waffen, Munition und Kriegsgerät übergeben worden: 546 Geschütze, 546 Geschützrohre, 2465 143 Stück Artilleriemunition und Minen, 3250 661 St. Pulver und Sprengstoff, 1377 Minen- und Gra. werfer, 9902 Maschinengewehre, 415 512 Gewehre, Karabiner, Tankgewehre, 27 242 Revolver und Pistolen, 246 482 blankte Waffen, 2419 356 Gewehr- und Handgranaten, 62 735 477 Stück Handwaffenmunition, 839 963 Sprenglabungen und Sprengpatronen, 18 283 Wagen aller Art, 1337 Feldküchen. Außerdem große Mengen an sonstigem Kriegsgerät, wie Geschütz-Ersatz- und Zubehörteilen, optischen Geräten, Nachrichtengerät, Brückengerät und Pontons, Gaschutzgerät, Werkzeugen aller Art, Feld- und Förderbahngerät, Geschütz- und Stallsachen, Wagenzubehörteilen, Textilien, Feldküchengeräten, Schiffszubehörteilen, ferner Feldbäcköfen, Kraftwagen, Motorräder, Fahrräder, Armeemittel, Zielgeschirre und Plakpatronen.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ist die Beabsichtigung, den Reichstagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten nach der Konferenz von Cannes und der Rückkehr Dr. Rathenau's zu einer Aussprache über Deutschlands außenpolitische Lage einzuberufen. Ein genauer Termin für diese Einberufung konnte bisher noch nicht festgesetzt werden.

Wiederbeginn der Reichstagsarbeit. Während der Reichstag erst Mitte Januar zusammentreten wird beginnen die Ausschüsse ihre Tätigkeit schon früher. Der volkswirtschaftliche Ausschuß tritt am 5. Januar zusammen, um Petitionen und den Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln zu beraten, die Steueraussschüsse treten am 10. Januar zusammen.

Kompromißverhandlung in der Steuerfrage. Am Mittwoch hielt die Reichsregierung eine Kabinettsitzung ab, in der sie sich hauptsächlich mit der Reparationsfrage und mit dem Finanzproblem beschäftigte. Im Anschluß an die Sitzung des Reichskabinetts hat eine Besprechung des Reichszantlers Dr. Wirth mit den Führern der Reichstagsfraktionen des Centrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten stattgefunden. Der Reichszantler unterrichtete die Parteiführer über die aktuellen Fragen der auswärtigen Politik; in der Hauptsache aber galt die Besprechung einer Erörterung der Steuerreform, deren Erledigung unmittelbar nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages in Angriff genommen werden soll. Die Bemühungen sind darauf gerichtet, ein Kompromiß unter den drei Parteien zu erreichen.

Systematische Regelung der Beamtengehälter? Für die bevorstehenden Verhandlungen über die neue Regelung der Beamtengehälter hat der Reichsbund höherer Beamten Vorschläge ausgearbeitet, die die gesamte Beamtensoldung auf eine neue Grundlage stellen sollen. An Stelle der bisherigen Systemlosigkeit in der Befolgung der verschiedenen Gruppen, die immer wieder Anlaß zu Streitigkeiten zwischen den einzelnen Beamtengruppen gegeben hat, wird hier ein System aufgestellt, das auf der Grundlage des Existenzminimums einen prozentual gleichmäßig gestaffelten Aufbau aller Befolgungsgruppen vorsieht. Der Vorschlag will unter voller Anerkennung der Notlage, besonders der unteren Befolgungsgruppen, den Gedanken eines gerechten sozialen Ausgleichs vereinen mit dem Bestreben, dem Staat ein tüchtiges und leistungsfähiges Berufsbeamtenkontingent auch in den leitenden Stellen zu erhalten.

Eine neue Saargebiet-Delegation für Genf. Die politischen Parteien im Saargebiet entsenden Ende der Woche eine neue Delegation nach Genf, wo bekanntlich am 10. ds. Mts. die Saargebietsfrage vom Völkerbund behandelt wird. Mit der Delegation werden Mitglieder der freien und christlichen Gewerkschaften

nach Genf reisen, die als „Beirat“ einen Teil der Delegation darstellen und die vor dem Völkerbund das für die Veröffentlichung des Memorandum vertreten werden. Auch der Arbeitgeberverband entsendet zwei Vertreter zur Verhandlung der wirtschaftlichen Fragen.

Galender in Oberschlesien. Der Vorsitzende der deutsch-polnischen Wirtschaftskonferenz, Bundesrat Calonder, ist am Dienstag im Sonderzug in Katowitz eingetroffen. Zur Begrüßung hatten sich Staatssekretär a. D. Lewald seitens der deutschen Delegation, Minister Osseski seitens der polnischen Delegation und ein Vertreter der Befehlungsbehörden eingefunden. Im Savoyhotel fanden einige kurze Besprechungen statt. Mittwoch früh verließ Calonder Katowitz wieder und begab sich nach Oppeln, um den Vertretern der drei interalliierten Mächte seine Aufmerksamkeit zu machen. Während seines auf acht Tage berechneten Aufenthaltes will Calonder auch einzelne obereschlesische Industrieanlagen besichtigen. Nach beendetem Aufenthalt in Oberschlesien plant er, sich den Regierungen in Berlin und Warschau vorzustellen.

In französischem Gold. In der Würzburger Zeitung „Das neue Volk“ beschuldigt ein Herr Eichhorn, der früher selbst Führer der rheinischen Separatisten Dr. Dorten, von General Mangin im Jahre 1920 250 000 Frs. und von dem damaligen französischen Ministerpräsidenten Lehgues eine regelmäßige monatliche Zuwendung von 100 000 Frs. erhalten zu haben. Sollten diese Enthüllungen, für die man Herrn Eichhorn vorläufig jede Verantwortung überlassen muß, tatsächlich der Wahrheit entsprechen, so wäre einwandfrei bewiesen, daß die von Dorten stets geleugnete finanzielle Unterstützung Frankreichs tatsächlich besteht und daß die rheinischen Separatisten weiter nichts sind als besoldete Hochverräter.

Empfang des Quäkers beim Reichspräsidenten. Anläßlich des zweijährigen Gedentages der Ankunft der amerikanischen Kinderhilfsmission in Deutschland empfing der Reichspräsident in Gegenwart des Reichsministers Dr. Hermes eine Abordnung der amerikanischen und englischen Quäker. Der Reichspräsident gedachte in seiner Ansprache der Verdienste der Quäker und der hinter ihnen stehenden amerikanischen Spender um Leben und Gesundheit von Millionen deutscher unterernährter Kinder und hoffender und stilkender Mütter und brachte den Dank der Reichsregierung und des deutschen Volkes für das großzügige Liebeswerk, das die Reichsregierung auch weiter auf jede Weise fördern wird, zum Ausdruck. Dr. Morris teilte im Namen der Quäker mit, daß die Not in Rußland und der Wunsch, das Spelungswert nunmehr vertrauensvoll in die Hand der Deutschen selbst zu legen, die Veranlassung bilde, sich bis auf einige Quäker, die als Vertrauensmänner der Amerikaner hier bleiben werden, von der Leitung selbst zurückzuziehen.

Verordnung eines neuen Hungerstreiks. Die Befangenheit des Justizhauses Nichtenburg, die vor kurzem versucht haben, durch einen Hungerstreik ihre Freilassung zu erzwingen, haben jetzt einen Aufschrei erlassen, worin gesagt wird, daß man den Schritt vom November erneuern würde, und diesmal „bis zur äußersten Konsequenz“. Man habe beschloffen, am 22. Januar in den Hungerstreik zu treten, und fordere alle Justizhausgefangenen auf, sich anzuschließen. Vom zehnten Tage ab werde man auch die Aufnahme von Wasser verweigern.

Die Ententetruppen aus dem Dedenburger Abkommungsgebiet sind nach Oberschlesien verladen worden.

Der Resident französisch-Indochinas e. Ä. im „Journal“, die einzige Stellung der pazifistischen Frage sei die Resolution Chinas in vier Mandate, die Japan, Amerika, England und Frankreich übertragen werden müßten.

Frankreich: Eine neue pazifistische Gruppe.

In Paris wurde eine neue pazifistische Gruppe ohne Parteizugehörigkeit gegründet. Vorsitzender ist der ehemalige Abgeordnete von Paris Lucien Le Royer. Aus der Zahl der Äbtrigen Gründer seien hervorgehoben: G. Scallies, Abgeordneter Mistral, Longuet, die Schriftsteller Victor Marguerite und Henri Barbusse. In einem Aufruf, den die Gruppe erläßt, wird auf die Unsicherheit der Pariser Konferenz und der Friedensverträge, insbesondere desjenigen von Versailles, hingewiesen, einen tatsächlichen Beitritten herbeizuführen. Der Friede müsse organisiert werden. Die Gruppe lehnt auch den Völkerbund in seiner jetzigen Gestalt ab. Sie will an seine Stelle einen allgemein politischen und wirtschaftlichen Bund der Völker in Gestalt einer überstaatlichen Organisation mit legislativer, exekutiver und entwerfender Gewalt setzen. Der Aufruf legt allen die Verpflichtung auf, bis zur Verwirklichung dieses Planes den Widerstand gegen den Krieg und den imperialistischen Nationalismus zu stärken. Die Umwälzung Deutschlands sei nur ein Anfang und die Realisierung auch der anderen Völker seien ihren Völkern eine ähnliche Abklärung schuldig.

Amerika: Der Konarich gegen den französischen Militarismus.

Die völgig unbegründeten Flottenforderungen der französischen Delegation in Washington haben die sympathischen Amerikaner für Frankreich gänzlich umgewandelt. Im amerikanischen Regierungskreis erregt es starkes Versehen, daß gewisse Schuldnationen der Vereinigten Staaten zur Rückzahlung ihrer Kriegsschulden und Vorkriegsschulden ausgeben zu dürfen. Der Kongreß hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung „die Nationen“ dahingehend berät, daß die Zahlung der Verpflichtungen eingestrichelt werden muß. Eine Resolution, die der republikanische Abgeordnete Reubens einbrachte, richtet sich gegen Frankreich und verlangt, daß die amerikanische Regierung die Rückzahlung aller Kriegsschulden von den Alliierten fordern soll.

Die Einkommensteuer durch die Eisenbahnen aufgezogen?

Berlin, 4. Januar. In einem Teil der Berliner Presse wird von einer angeblich mit den Verhältnissen bei der Eisenbahn genau vertrauten Seite mitgeteilt, daß die Eisenbahn in den zwei Jahren seit ihrer Uebernahme auf das Reich nahezu ihr gesamtes Budgetkapital verwirtschaftet hat, und daß nach Abrechnung der durch Rastraktat

1931 fälligen ersten Rate zur Abzahlung des mit den Ländern vereinbarten Rauffillings verbleibende Defizit in Höhe von 18,7 Milliarden Mark die gesamte, für das gleiche Jahr veranschlagte Einkommensteuer von 12 Milliarden verschlingt. Eine amtliche Neußerung zu dieser Meldung liegt noch nicht vor.

Neue Deutschenausweisungen aus Elsch-Lothringen.
— Straßburg, 4. Januar. Im Monat November sind insgesamt 139 Personen aus Elsch-Lothringen ausgewandert. Hier von waren ausgewiesen 10 Männer, 10 Frauen und 19 Kinder, zusammen 39 Personen.

Frankreich gibt in der U-Bootfrage nach.
— Paris, 4. Januar. Nach einer Habasmeldung hat die französische Delegation in Washington von ihrer Regierung nunmehr die offizielle Antwort erhalten, der von dem Senator Root eingebrachten Entschiedenheit über den Gebrauch der U-Boote im Kriegsfalle zuzustimmen. Frankreichs Nachgiebigkeit ist vielleicht mit einem Antrag im amerikanischen Repräsentantenhaus in Verbindung zu bringen, der verlangt, daß Frankreich verpflichtet werden soll, mit der Zahlung der von ihm während des Krieges in Amerika aufgenommenen Schulden zu beginnen. In der Begründung dieses Antrages wird gesagt, daß Frankreich auf diese Weise für seine Haltung in der Frage der Rüstungen „Bestrafung“ werden sollte.

Amerika und Cannes.
— London, 4. Januar. Reuters meldet aus Washington: Präsident Harding und das amerikanische Kabinett verbrachten zwei Stunden mit der Erörterung der europäischen Wirtschaftslage. Amtlich wird mitgeteilt, daß keinerlei Beschluß bezüglich der amerikanischen Politik in der Frage der Teilnahme an einer europäischen Konferenz gefaßt wurde. Bisher sei von seiten der europäischen Mächte kein offizieller oder halboffizieller Vorschlag für eine Beteiligung an Präsident Harding gelangt.

Calonders oberösterrische Besichtigungsfahrt.
— Wien, 4. Januar. Für den Aufenthalt Calonders in Oberösterreich ist von der deutschen und der polnischen Delegation ein Programm vereinbart worden. Drei Tage sind für eine gründliche Besichtigung der wichtigsten Anlagen des Industriegebietes bestimmt. Am 6. Januar wird Calonder nach Wien abzutretenden Bezirk, am 7. Januar den deutsch bleibenden Teil des Zentraltreibers besichtigen und am 9. Januar wird die Reise sich auf die industriellen Gebiete in den Kreisen Riez und Hynil erstrecken. Am 6. und am 8. Januar werden die Schweizer Herren in möglichst weitgehendem Maße die Vertreter aller Stände der Bevölkerung empfangen.

Das Reichsbahnfinanzgesetz.

Der Entwurf des Reichsbahnfinanzgesetzes ist nunmehr in die Fassung gebracht worden, in der er voraussichtlich den gesetzgebenden Körperschaften zu gehen wird. Der Grundgedanke des Entwurfes ist, die Eisenbahnverwaltung aus der allgemeinen Reichsverwaltung herauszuheben und den Betriebshaushalt vom Reichshaushalt streng zu trennen. Die Reichsbahn soll zu einem selbstständigen, in sich geschlossenen, weder vom Kabinett als Gesamtheit, noch vom Parlament abhängigen wirtschaftlichen Reichsunternehmen gemacht werden.

Nach dem Entwurf wird die Verwaltung der deutschen Reichsbahnen selbständig durch den Verkehrsminister unter Mitwirkung einer besonderen, neu zu gründenden Körperschaft, des Verwaltungsrates der Reichsbahn, geführt. Der Reichsverkehrsminister ist dem Reichstag nur dafür verantwortlich, daß die Vorschriften der Reichsverfassung über das Eisenbahnwesen beachtet werden, sowie dafür, daß die Deutsche Reichsbahn sich in einem betriebswirtschaftlichen und den Verkehrsbedingungen entsprechenden Zustand befindet und gemäß den Gesetzen verwaltet wird.

Der Verwaltungsrat besteht aus je 6 Mitgliedern des Reichstages, des Reichsrates und des Reichswirtschaftsrates, 6 Vertretern des Bahnpersonals und 12 vom Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichsverkehrsministers ernannten hervorragenden Sachverständigen auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und des Eisenbahnwesens. Die Befugnisse dieser Körperschaft sind im wesentlichen die, die bisher in den Fragen des Eisenbahnwesens vom Reichstag ausgeübt wurden. Der Verwaltungsrat ist begutachtendes Organ in allen wichtigen Fragen der laufenden Verwaltung; er ist beschließendes Organ für die Feststellung des Haushalts und die Entlastung der Verwaltung, die Genehmigung zur Aufnahme von Anleihen, die Ausübung der Tarifhoheit und die Festsetzung wichtiger Veränderungen der Löhne für Arbeiter und der Gehälter für Angestellte.

Der vom allgemeinen Reichshaushalt abgetrennte Etat der Reichsbahn zerfällt in einen Betriebshaushalt und einen Anleihehaushalt. Der Betriebshaushalt soll sich selber tragen — die bisherigen Milliardenzuschüsse aus der allgemeinen Reichskasse fallen in Zukunft weg — und außerdem noch Überschüsse für den Anleihehaushalt und für die Rücklage bilden, die die in den einzelnen Jahren im Betriebshaushalt entstehenden Fehlbeträge ausgleichen sollen. Die Ausgaben des Anleihehaushalts (Aufwendungen für Erweiterungen des Betriebes und der Anlagen) sollen durch spezielle Reichseisenbahnanleihen gedeckt werden. In dringlichen Fällen, insbesondere bei plötzlicher und erheblicher Minderungen des Geldwertes, ist der Reichsverkehrsminister selbständig befugt, Mehrausgaben durch Tarifserhöhungen unverzüglich auszugleichen. Der obengenannte gemäß der Reichsverfassung zu bildende Rücklagefonds wird auf zehn Milliarden festgesetzt.

Auch die Reichseisenbahnschuld soll gesondert verwaltet werden; es werden von ihr erhebliche Summen abgeführt, deren Verzinsung und Tilgung die Reichsbahn dem allgemeinen Reichshaushalt überläßt. Grundlage der Eisenbahnschuld bildet der Erwerbpreis, den das Reich beim Uebergang der Staatseisenbahnen an die Länder gezahlt bzw. anerkannt hat. Von diesem Erwerbpreis wird aber einmal der Wert der an fremde Staaten abgetretenen Strecken

abgesetzt, ferner ein Betrag für den „Kriegsverschleiß“ an Bahnanlagen und Betriebsmitteln, endlich die Summe der auf den Erwerbpreis aufgeschlagenen Fehlbeträge der Staatseisenbahnverwaltungen in den Kriegsjahren. Alle diese Posten sind auf die allgemeine Finanzverwaltung zu übernehmen. Ebenso wird die Verzinsung und Tilgung des Kapitals der im Saargebiet gelegenen Eisenbahnen, solange diese Bahnen der Verwaltung und Nutzung der Reichsbahn entzogen sind, der allgemeinen Finanzverwaltung überwiesen. Das bedeutet die Übernahme des wesentlichsten Teiles der Eisenbahnschuld auf den Gesamtetat des Reiches. Die neue, vom Gesamtetat des Reiches getrennte Eisenbahnverwaltung wird also von dieser Last von vornherein befreit sein.

Die Beamten der Deutschen Reichsbahn bleiben Reichsbeamte. Das Gesetz soll nach dem Entwurf am 1. April 1932 in Kraft treten, der Verwaltungsrat aber unverzüglich gebildet werden und seine Befugnisse sofort übernehmen.

Aus Stadt und Land.

Die Lubendorff-Spende. Von unterrichteter Seite wird über die Verwendung der Lubendorff-Spende mitgeteilt, daß diese Spende bisher 100 Millionen Mark betrug und daß hiervon etwa 140 Millionen den provinzialen Hauptfürsorgestellen überwiesen worden sind. Von dort sind etwa 40 Millionen Mark für Kriegsbeschädigte in 50 000 Fällen verausgabt. 100 Millionen Mark sind noch verfügbar. 10 Millionen Mark werden als Reichsausgleichs- und verwalten zur Förderung allgemeiner deutscher Kriegsbeschädigten-Fürsorgezwecke, weitere zehn Millionen dienen einem preussischen Ausgleichsfonds. Aus den Ausgleichsfonds haben die orthopädischen Anstalten, das Kriegerkrankenhaus Davos-Dorf Zuwendungen erhalten. 50 000 Mark sind zugunsten deutscher Kriegsbeschädigter im Auslande verausgabt worden. Die Hauptfürsorgestellen geben Kriegsbeschädigten auch Darlehen zur Selbstständigkeitsmachung und bei Beheratung zum Kauf von Möbeln.

Der Untergang der „Fehmarn“. In dem traurigen Untergang des Dampfers „Fehmarn“ von der Reederei Diederichsen in Kiel wird noch mitgeteilt, daß die Hoffnung, die gesamte Besatzung zu retten, sich nicht erfüllt hat. Als die „Fehmarn“ infolge der heftigen Wogen schwere Schlagseite bekam, eilten auf dröhnlose Rufe ein deutsches und ein englischer Fischdampfer zu Hilfe. An das Aussetzen von Booten war bei dem schweren Sturm jedoch nicht zu denken. Als der Dampfer von oben vollflutet und kenterte, sprang die Besatzung, 26 Köpfe zählend, ins Wasser. Der deutsche Fischdampfer rettete von dem im Wasser Treibenden drei Mann; sie sind in Hamburg eingetroffen. Ueber das Schicksal der übrigen Besatzung der „Fehmarn“ ist nichts bekannt.

Eine Familientragödie hat sich in Wplenbed bei Dortmund am Silvesterabend ereignet. Dort erstach der Arbeiter Hof seinen jüngsten Sohn, der für die Silvesterfeier Geld verlangte. Hierbei geriet der ältere Bruder des Erstochenen in Wut und erschlug seinen Vater mit einem Spaten.

Mit 1 Million 480 000 Mark durchgebrannt ist der 37 Jahre alte Gemeindevorsteher Heinrich Nag Brunow von Lockstedt bei Leipzig. Der Ungetreue, der aus Schellberg bei Chemnitz stammt, hat die große Summe unterschlagen und ist seit Silvester flüchtig.

Grober Silvesterflug. Infolge Silvesterfeierlichkeiten mit Sprengmunition in der Nähe von Karlsruhe ist das Blüffel der 100 000 Volt-Geltung des Murgwerkes zerrissen, wodurch am Neujahrstage sämtliche Dampfkräftwerke in Baden stillgelegt wurden und Karlsruhe, Mannheim und ganz Unterbaden und Mittelbaden sowie die Rheinpfalz ohne Licht und Kraftstrom waren. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Vom Admiral zum Redakteur. Admiral Höpner ist in die Redaktion der „Deutschen Bergwerkszeitung“ eingetreten. Höpner war von 1907 bis 1909 erster Offizier der „Hohenzollern“, befehlte von 1911 bis 1913 das Amt des Chefs des Stabes beim Gouverneur Klaufschou und war zeitweilig stellvertretender Gouverneur. Während des Krieges befehligte er das Großkampfschiff „Oldenburg“. In der Stageralschlacht verlor er den linken Fuß.

Von einer Lawine verschüttet. Drei Herren unternahmen eine Skitour in Dehshale. Sie wurden von einer Lawine verschüttet. Zwei von ihnen konnten sich selbst herausarbeiten, der dritte, Professor Bachhaus, wurde unter den Schneemassen begraben.

Tunnel-Einsturz in Frankreich. Auf der Linie Besancon-Belfort ist der Tunnel zwischen den Stationen Plombieres und Il-sur-le-Doubs auf einer Strecke von 30 Metern eingestürzt. Der Einsturz erfolgte in dem Augenblick, in dem der Lyon-Straßburg-Express in den Tunnel einfahren wollte. Es gelang der Geistesgegenwart des Lokomotivführers, den Zug noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen, so daß ein Unfall verhütet wurde.

Dyfermut eines sechsjährigen Kindes. In dem böhmischen Orte Mch goß das sechsjährige Töchterchen eines Eisendrehers Spiritus ins Feuer. Dabei fing sie keine Kleider Feuer. Raich schob es sein jüngeres Schwesterchen unter das Bett und stellte noch Stühle davor, um es vor den Flammen zu schützen. Das ältere Kind wurde später mit völlig verbrannten Kleidern und schweren Brandwunden auf dem nackten Leib von der heimkehrenden Mutter aufgefunden. Sterbend konnte es noch erzählen, was geschehen war.

Rettung aus Seenot. Der finnische Motorsegler „Mara Beer“ ist in dem schweren Sturm der letzten Tage auf der Fahrt von Finnland nach England bei Gela gestrandet. Die aus 11 Mann bestehende Besatzung konnte durch Raketenapparat gerettet werden; die aus Holz bestehende Ladung des Schiffes hofft man noch zu bergen.

Attentatsversuch im Landgericht Eberfeld. Bei einer Abteilung der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Eberfeld, in der die Strafsachen gegen Anae-

klage mit dem Anfangsbuchstaben K bearbeitet werden, wurden sämtliche Akten laufender Strafsachen geordnet, durch den Kohlenkeller ins Freie geschleppt und in die Wupper geworfen. Ebenso ist mit sämtlichen zugehörigen Registern und Kalendern ausgeräumt worden. Man hatte jedenfalls ein bestimmtes Schriftstück gesucht, das sich aber so schnell nicht auffinden ließ, so daß sich die Diebe entschlossen haben, um sicher zu gehen, das Zimmer in gründlicher Weise aufzuräumen. Der Polizei ist es gelungen, einen geringen Teil der Akten wieder aufzufinden.

Zugzusammenstoß in Westfalen. Auf Bahnhof Altkunden fuhr der von Meschede kommende Personenzug bei der Einfahrt mit einer entgegengelegter Richtung fahrenden Rangierlokomotive zusammen. Neun Reisende wurden leicht verletzt. Sie werden sämtlich ihre Reise fortsetzen. Der Sachschaden ist erheblich.

Württemberg tritt dem Kirchenbund bei. Die württembergische evangelische Kirchenregierung erklärt der Landeskirchenversammlung ihren Beitritt zum Deutschen Evangelischen Kirchenbund und brachte dabei zum Ausdruck, daß die Bestimmungen des Kirchenbundesvertrages und der Kirchenbundesverfassung von ihrem Inkrafttreten an für die evangelische Landeskirche in Württemberg Geltung haben sollen.

Hinrichtung durch Fallbeil. In der Strafanstalt Buhbach in Hessen wurde der Tagelöhner Wenzel Roth mit dem Fallbeil hingerichtet. Er hatte am 29. Dezember 1930 auf Anstiften der Ehefrau Dörzsch deren Ehemann, den Monteure Dörzsch in Mainz, ermordet. Das Schwurgericht hatte beide zum Tode verurteilt. Frau Dörzsch wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Die Begnadigung Roths war abgelehnt worden.

Silvester ohne Alkohol in Amerika. Am ersten Male bei diesem Jahreswechsel wurde in Amerika Silvester und der Neujahrstag ganz trocken ohne Alkohol gefeiert. Man merkt aber, daß in New York gleichwohl seit Weihnachten für mehr als 5 Millionen Dollar Alkoholgetränke verbraucht wurden. Ferner wird gemeldet, daß durch den Besitz von Holz-Alkohol 15 Personen gestorben sind, während eine große Anzahl Schwerkranker darnieder liegt.

Keine Nachrichten.

* Die Witwe des Grafen Kappelin, eine geborene Freiin v. Wolff, ist im Alter von 75 Jahren in Stuttgart gestorben.

* Der Kommandierende General in Trier hat anordnet, daß in Trier von nun an während der ganzen Nacht die gesamte Straßbeleuchtung zu brennen habe. Gegenüberstellungen der Stadt bleiben erloschen.

* In den Niederungen des Schwarzwaldes ist Schneeschmelze eingetreten, so daß die Schifffahrt auf Rhein und Neckar wieder aufgenommen werden konnte.

* Mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit hat die württembergische Regierung alle Fastnachtsfeiern auf den öffentlichen Straßen und Plätzen verboten.

* Die Reichstreuhandgesellschaft, Zweigstelle München, hat bis Ende des Jahres 1931 in Bayern einen Gesamtumsatz an Heeresgut in Höhe von rund einer Milliarde Mark erzielt.

* In Wilhelmshaven wurde eine Diebstahlsbande verhaftet, die von der Reichswehr für 200 000 Mark Metall gestohlen hatte.

* Der deutsche Dampfer „Maule“ mit 15 Personen Besatzung ist verschollen.

* Die englische Scholuppe „Jedva“ ist bei den Orkney-Inseln untergegangen. 9 Mann sind ertrunken, 2 wurden gerettet.

Gedenktage für den 6. Januar.

1776 * Der Freiheitskämpfer Herold v. Schill in Wilmsdorf bei Dresden († 1809) — 1838 * Der Literarhistoriker Hermann Grimm in Kassel († 1901) — 1830 * Der Frauenarzt Alfred Hegar in Darmstadt († 1914) — 1838 * Der Komponist Max Bruch in Köln a. Rh. († 1919) — 1918 * Der scheidende Germanist und Politiker Engelbert Beckerstorfer in Wien († 1850).

Zum 6. Januar. — Dreißigstages.

Auf zu der Sterne
Leuchtender Sterne
Blide vom Staube
Wutig der Staube.

Auf den Neujahrstag folgt als nächstes Fest der Tag der heiligen drei Könige, früher vielfach Heilighaus genannt. Kaspar, Melchior und Balthasar wurden jene drei Weisen aus dem Morgenlande genannt, die aus dem Stern die Ankunft eines neuen Königs lasen und dem Stern folgend ihn suchten, fanden und anbeteten. — Schon manches unruhige und sorgenbeschwerte Herz ist durch eine stille, einsame Betrachtung des gestirnten Firmamentes mehr als ein Gottsucher geworden: ein Heilsfinder! Die Sterne offenbaren göttliche Majestät. Wie groß ist dann aber erst die Liebe, die solcher Wachtenshaltung entspricht. Wer sich ihr öffnet, wird beseligt und kann beglücken.

Ein Börserückblick.

Die Schlussbilanz.

Die Woche zwischen Weihnacht und Neujahr ist sonst die ruhige, stille Festwoche; man fühlt sich zwischen den Zeiten, auf dem Kulminationspunkte der Wende vom alten zum neuen Jahre. Draußen in der Welt, in der großen und kleinen Politik, war es heuer nicht so und bei uns im Innern sah es auch nicht gerade friedlich und festlich aus. Nur an der Börse zeigte sich die übliche „Zwischen-den-Jahren-Stimmung“. Bei Wiederaufnahme des Betriebes nach Weihnacht war die Börse ziemlich fest bei möglichem Geschäft. Das Interesse am Dollar hatte wesentlich nachgelassen; er gab auf 175 nach, ging aber wieder auf 181 hinauf. Am Donnerstag zog der Dollar wieder auf 185,81 an und der letzte offizielle Börserückblick im vergangenen Jahre brachte eine feste Börse. Der Dollar hat seinen Stand gut behauptet. Der Jahresabschluss sah ihn mit 186. Nach dem letzten Bankausweise der Reichsbank konnte man ja auch keinen Dollarrückgang erwarten.

Wenn wir die Schlussbilanz ziehen, so sehen wir als Wert der Papiermarkt beim Waffensstillstand mit

80 Goldpfennig bewertet, zur Zeit der Heberziehung des Londoner Ultimatum mit 8, am 8. November mit 1,5, am 14. Dezember mit 2,5 und am Jahresende mit 2,2 Goldpfennig; der entsprechende Entwertungsfaktor ist: Oktober 1918 1,6, Mai 1921 12,5, 8. November 70, 14. Dezember 40, 30. Dezember 45.

Bis 1918 erhöhte sich der Betrag der schwebenden Schuld unter periodischen Schwankungen. Seitdem ist, da die Politik der Ausgabe fundierter Anleihen verlassen wurde, die Vermehrung der diskontierten Schwankeisungen ohne Unterbrechung weitergegangen. Deren Umlauf erhöhte sich 1919 um 31,1 auf 86,2, 1920 um 66,5 auf 152,7 und in den ersten 11 Monaten 1921 um 73,8 auf 226,5 Milliarden. Das Verhältnis der schwebenden Schuld des Reiches zum Papiergeldumlauf ist abhängig von ihrer Finanzierung, die nicht allein bei der Reichsbank, sondern auch durch Weiterdiskontierung der Reichsschwankeisungen auf dem offenen Geldmarkt erfolgt. Von 1918 bis Februar 1921 war der offene Geldmarkt in wachsendem Umfange in der Lage, die Schwankeisungen des Reiches aufzunehmen. Seit Mitte 1921 aber ist die Aufnahmefähigkeit des freien Verkehrs erlahmt, so daß in den letzten Monaten die Kreditaufnahme des Reiches der Reichsbank allein zur Last fiel.

Volkswirtschaft.

3. Russischer Handelsverkehr mit Oberschlesien. In Oberschlesien befindet sich seit einigen Tagen ein Vertreter des Moskauer Wirtschaftsministeriums zum Zwecke der Aufklärung wirtschaftlicher und industrieller Handelsbeziehungen mit ober-schlesischen Firmen. Größere Käufe, namentlich in Eisenmaterial, sind bereits getätigt worden. Die Zahlungen erfolgen in Goldwährung und werden durch Schecks auf amerikanische Banken angefallen.

3. Berlin, 3. Januar. (Börse.) Das neue Jahr wurde an der Börse mit der üblichen Hausse begrüßt. Die Rundschau, die schon seit Tagen mit wachsender Unruhe auf ihren verfügbaren Mitteln gefesselt hat, greift voll über sich ein. Das Geschäft war recht angetrieben. Die Spekulation selbst folgt wieder nur zögernd. Der Dollar war im freien Verkehr mit 188 1/2 Mark befestigt.

3. Der Stand der Mark. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	4. 1.	3. 1.	1914
100 holländische Gulden	7042	6968	167, — M.
100 belgische Franken	1478	1451	80, — "
100 dänische Kronen	3818	3756	112, — "
100 schwedische Kronen	4755	4695	112, — "
100 italienische Lire	809	804	80, — "
1 englisches Pfund	809	791	20, — "
1 Dollar	193	187	4,20 "
100 französische Franken	1543	1518	80, — "
100 schweizerische Franken	3726	3651	80, — "
100 tschechische Kronen	306	284	— "

Soziales.

+ Deutsche Studentenhilfe. Zur Förderung der Studiums begabter Söhne minderbemittelter Eltern hat der Bankier Hugo J. Herzfeld in Berlin dem Reichspräsidenten einen Betrag von zunächst fünf Millionen

Mark mit der Zusicherung zur Verfügung gestellt, auch in den kommenden Jahren weitere größere Summen zu demselben Zwecke zu überwiesen. Der Reichspräsident hat diese Stiftung gern entgegengenommen und bestimmt, daß die überwiegenen und künftig noch eingehenden Beträge unter dem Namen "Deutsche Studentenhilfe" (Hugo J. Herzfeld-Stiftung) dazu verwendet werden sollen, begabten Söhnen minderbemittelter reichsdeutscher Eltern aus allen Teilen Deutschlands, insbesondere begabten Söhnen von Arbeitern, Angestellten, Beamten, fröhren und jetzigen Unteroffizieren und Offizieren, ohne Unterschied der Konfession und Partei, das Studium an deutschen Hochschulen zu ermöglichen. Zur Verwaltung und Beaufsichtigung der Stiftung wird der Reichspräsident ein Kuratorium berufen, das unter seinem Vorsitz im allgemeinen und im einzelnen über die Verwendung der Summen Entscheidung treffen wird. Die Zusammenfassung des Kuratoriums, die Bedingungen für die Bewerbung und die Stelle, wohnin Bewerbungen zu richten sind, werden demnächst besonders bekannt gegeben.

+ Krankmeldungen der Reichsbeamten. Vor der Novemberrevolution 1918 war es bei den Behörden üblich, daß ein erkrankter Beamter innerhalb 24 Stunden ein ärztliches Zeugnis über seine Krankheit vorlegte. Diese Bestimmung ist nach der Revolution dahin abgeändert worden, daß ein Zeugnis erst nach fünf-tägiger Dauer der Krankheit einzureichen ist. Diese Freiheit ist vielfach ausgenutzt worden, und das Fernbleiben vom Dienste bis zu höchstens fünf Tagen ist derart gestiegen, daß jene Freiheit den Beamten nunmehr wieder entzogen worden ist. In Zukunft muß jeder Beamte binnen 48 Stunden über die Notwendigkeit seines Fernbleibens ein ärztliches Zeugnis beibringen. Man hofft, mit dieser Aenderung der Dienstvorschriften das für Vertretungszwecke bisher erforderliche Personal wesentlich verringern zu können.

Verke Nachrichten

Der Untergang des Dampfers "Fehmarn".

London, 4. Januar. Der englische Dampfer "Heso" landete in Ormsby 10 Mann des Hamburger Kohlendampfers "Fehmarn", der Sonnabend nachmittag auf der Fahrt New Castle-Hamburg im Sturme kenterte. Unter den Geretteten befindet sich Kapitän Köhler, der erste und zweite Offizier, sowie der dritte Maschinist. Ein weiterer Mann wurde von einem nichtenglischen Dampfer gerettet. 8 Personen sind sicher ertrunken. Das Schicksal von 5 Personen, die vor dem Kentern in einem kleinen Boote abfahren, ist unbekannt.

Englische Maschinengewehre in Tätigkeit.

London, 4. Januar. Drahtlos wird aus Kairo gemeldet, daß sich die Unruhen in Port Said, in Kairo und Damietta am Sonntag und Montag wiederholten, so daß die englischen Truppen mit Maschinengewehren vorgehen mußten, wobei eine große Anzahl Eingeborene getötet wurden. Wegen der Ermordung eines englischen Eisenbahnbeamten in Kairo sind zwei Personen verhaftet worden. Die Eisenbahnwerkstätten in Kairo wurden in Brand gesteckt.

Der Dinkelsbühler Bombenwerfer verhaftet. Nürnberg, 4. Januar. Als Werfer der Bombe in Dinkelsbühl ist jetzt der verhaftete Arbeiter August Klingler überführt worden. Von den 12 Schwerverletzten steht einer in Lebensgefahr. Das Attentat war seit mehreren Tagen vorbereitet.

Unzufriedenheit der Postbeamten mit der Regierung.

Frankfurt a. M., 4. Januar. In einer Generalversammlung der Gewerkschaft deutscher Post- und Telegraphen-Beamten wurde gestern abend Protest erhoben gegen die unzureichenden Ergebnisse der letzten Gehaltsregelung. In einer Entschlüsselung wird das Verhalten der Regierung gegenüber den Vertretern der Beamten getadelt und als Verschleppungspolitik verurteilt.

Der tschecho-slowakische Banknoten-umlauf.

Prag, 5. Januar. Der Ausweis des Bankamtes des Finanzministeriums, welches in der Tschecho-Slowakei die vorläufige Funktion einer Notenbank vertritt, weist am 31. Dezember eine Vermehrung des Banknotenumlaufes um etwa 450 Millionen auf 12 Milliarden tschechischer Kronen auf. Der Geldbedarf zum Quartalswechsel war diesmal wesentlich geringer als sonst. Die Notenserferte ist von 900 Millionen auf 180 Millionen zusammengeschrumpft.

Neue Forderungen der Eisenbahner.

Frankfurt a. M., 5. Januar. Die Ortsverwaltungen Frankfurt a. M. und Darmstadt des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben telegraphisch in Berlin die Forderung erhoben, daß die Uebersteuerungszuschüsse, wie sie im besetzten Gebiet gezahlt werden, auch für Frankfurt a. M., Darmstadt und die dazu gehörigen Grenzortschaften bewilligt werden.

Kein Prof.

Essen. Am 15. Dezember war vom Schlichtungsausschuß Dortmund ein Schiedspruch gefällt worden, der für Bäckereiarbeiter eine Lohnerhöhung von 120 M. die Woche vorsah. Diese Lohnerhöhung wurde von den Fabrikanten abgelehnt, oder von der Regierung eine Preisobergrenze von 15 Pf. fürs Dreipfundbrot verlangt. Da diese aber nicht einwilligte, ein Ultimatum der Gewerkschaften am 4. Januar abends resultatlos abließ, kam es zum Streik. Nicht nur in Essen, sondern auch in Düsseldorf, Duisburg, Hamborn, Oberhausen wird in den Großbäckereien, vermutlich auch in den Bäckereien der Großkonsumvereine, die Arbeit ruhen.

Ein "berühmter" Mann gestorben.

Luzemburg. Der frühere Schuhmachermeister Voigt, der ehemalige "Hauptmann von Köpenik", ist im Alter von 74 Jahren hier gestorben.

Kirchen-Nachrichten.

Bretlar den 6. Januar — Epiphania —
T. St. Petrus 60, 1-6. Lied 71.
Kollekte für die Seidenmission.
Pösendorf. 9 Uhr Bekichte und Abendmahlsfeier: Pastor Borwert. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Rabler. 10 1/2 Uhr Kindergottesdienst: Pastor Borwert.

Sauberes, ehliches Mädchen

als Verkäuferin und zum Bedienen der Gäste sucht zum baldigen Eintritt

Ronditorei Altenberg.
Tel. Amt Bauernstein 46

Welche Schulgemeinde würde uns einige überzählige, gebrauchte

Schulbänke

übergehend leihweise oder auch käuflich abzurufen?
Angebote erbetet
Schulverstand zu Ripsdorf.

Offiziell
Bullenfalsch

verfälscht, gibt ab
Erzgericht Reinholdshain.

Fleisch und
Ranchwaren
Halschlächterei H. Scharla.

Zwei mittlere
Pferde

zu verkaufen unter voller Garantie, feste Zügel, sehr gut passend für Landwirtschaft tau die auch eoenit. ein starkes m t e n. Zu erfahren im der Geschäftsstelle.

Frische Sprotten extra billig bei B u s h o m a n n.

Fernsprechteilnehmer-Verzeichnis

Der Kenner Dippoldswalde, Schmiedberg Ripsdorf und Bauernstein.
Handlich und übersichtlich. Preis 3.— M.

Zu haben:
in Dippoldswalde beim Verlage, Buchdruckerei Carl Jehne,
in Schmiedberg: Buchbinderi und Buchbldg. Kästner,
in Ripsdorf: Druggerie Paul Haller,
in Altenberg: Buchbindermeister Schütze,
in Gersing: Buchbindermeister Herzogel,
in Bauernstein: Max Koppstadt
Auch die Zeitungsträger der "Weltlich-Zeitung" nehmen Bestellungen an.

Jede Nährarbeit nimmt immer an. Um gütigen Zuspruch bittet

Alora veru Rische, hier,
Freiberger Straße 205, 1 Tr.

Solides
Zimmermädchen
sucht
Bahnhofel Bank.

Ein kräftiges
Mädchen,
von 16-20 Jahren, in seine Landwirtschaft sofort gesucht
Kenner, Oberbühlisch

Saiten für Lauten
Violinen, Zithern usw. sowie
ämtliche Bestandteile bei
Edmund Niebold,
Dippoldswalde, Markt 18.

Schlacht-
pferde
kauft
zum höchsten Tagespreis
Rohschlächtere Paul Heber.
Tel. 97.

Eiserne Bettst. m.
Matrassen. Aissen
zu vert. Al. Mühlstr. 205, 1. l.

Schule zu Seifersdorf

Kinderaufführung

Freitag den 6. Januar 1-22
Anfang 7 Uhr. — Eintritt Erwachsene 5 M., Kinder 2 M.

Paul Thömel, Schuhwarenlager,
Dippoldswalde, Brauereistraße 307, gegenüber der
Brauerei, empfiehlt dauerhafte, elegante
Leberschuhwaren, Filz- und Holzschuhwerk

Hausgrundstück
in Dippoldswalde, Altenberger Straße 173, mit schönem Obflgarten
soll nach Höchstgebot verkauft werden.
Schriftliche Angebote bis 10. Januar an
Dippoldswalde. Vol. Richter Rebsch u. b.

Offenerer hochfeine, feilche
Qualitäts-Margarine,
à Pfd. 20.—, 22.—, 26.—, 28.— M.
Kerner:
frische Tafelbutter, Ia Schweineschmalz, Kofosfett,
Palmin, Leindl, Schweizer-, Limbarger-,
Stangenkäse
zum billigsten Tagespreise.
Wolkerei Nath, Dippoldswalde,
Markt 22. — Tel. 94.

Vertreter

für den bestbewährten Vertrieb der Brennstoffapparate "Neosolo" gesucht. Der Apparat ist bei Hausbrandfeuerungen, Zentralheizungen sowie sämtlichen Industrieheizungen mit natürlichem Zug mit gutem Erfolg anbringbar. Ersparnisse von 50 Prozent und mehr sind nachweislich sehr oft erzielt. Meldungen, möglichst von Seiten aus dem Heizungsbau, erbeten an

Neosolo, W. m. b. H., Dresden

Generalvertreter für die Kreishauptmannschaft Dresden,
Brennprecher 3 461, Hofwälder Str. 40. Fernsprecher 32860.

Drucksachen aller Art



Carl Jehne, Dippoldswalde

Statt Karten!
Für die uns anlässlich unserer
VERLOBUNG in so reichem Masse
erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen
wir allen lieben Freunden und Be-
kannten herzlichen Dank.
Arthur Nietzsche und Braut.

Geschäfts-Übergabe.
Nehmen wirten Kunden von Dippoldswalde und Umgegend
hierdurch zur Kenntnis, daß ich meine Seil-acherei meinem
Schwager Herrn Paul Rausch, übergeben habe. Für das mir
entgegengebrachte Vertrauen bestens dankend, bitte ich, dasselbe auch
auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.
hochachtungsvoll
Moritz Böhme, Stellmachermeister.
Auf vorliegendes Brzugnemend, erge- ich hierdurch an, daß ich
die von meinem Schwager Herrn M. Böhme, bisher inne-
gehabte Stellmacherei übernommen habe und werde stets bemüht
sein, meine werten Kunden auf das reellste zu bedienen. Ich bitte,
das meinem Schwager Herrn M. Böhme entgegengebrachte Vertrauen auch
gütig auf mich übertragen zu wollen.
hochachtungsvoll
Paul Rausch, Stellmacher.
Saubere Kistenkarten liefert Buchdruckerei G. Schöe

Herzlichen Dank
allen lieben Verwandten, Nachbarn und Bekannten
für die Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme beim
Einäschern unserer innigstgeliebten Mutter
Ida Emilie Bellmann
geb. Gihl.
Herzlichen Dank für den zahlreichen Blumenbesuch und
die tröstlichen Worte am Grabe. Ferner herzlichen
Dank für das unentgeltliche Tragen zur letzten Ruhestätte.
Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Gute Nacht“
und „Ruhe sanft“ in Deine stille Gruft nach.
Ober Reichardt, den 4. Januar 1922.
Ernst Bellmann
zugleich im Namen der trauernden Hinterbliebenen.

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 5

Freitag den 6. Januar 1922

88. Jahrgang

Verwaltungsbericht der Stadt Dippoldiswalde auf 1921.

(Schluß.)

Die Steuererhebung ist seit dem 1. März 1921 als selbständig erprobende Kasse in den städtischen Verwaltungsapparat eingefügt worden. Das Rechnungsjahr umfaßt den Zeitraum vom 1. April 1921 bis 31. März 1922. Ueber den Geschäftsumfang des Jahres kann deshalb nur Geltung haben für den Zeitraum vom 1. April bis 31. Dezember 1921. 1. Grundsteuer: Zahl der Steuerpflichtigen 405. Es werden erhoben 1 M. für die städt. Grundsteuer, gegenüber 50 Pf. im Vorjahre. 2. Hundsteuer: Bisher wurden 118 Steuermarken und 8 Erfahmarken ausgegeben. 3. Gewer- und Erbzins: 255 Abgabepflichtige (im Vorjahre 253). Seit Beginn des laufenden Rechnungsjahres haben sich weitere 10 Abgabepflichtige dieser mitunter sehr geringen Last durch Zahlung des 20fachen Betrages entledigt. Auf die restlose Ablosung dieser Abgaben wird hassenseitig hingewirkt. 4. Wasserzins: 417 Zahler. 5. Wertzunachsteuer: Die seit dem Inkrafttreten der Steuerordnung, rückwirkend vom 1. Januar 1915 ab, zu erhebenden Fälle haben die Zahl 150 erreicht. 6. Fremdensteuer: Eingeführt mit Wirkung vom 22. Oktober 1921 ab. Bei wiederholt vorgekommenen Kontrollen sind Verstöße gegen die Steuerbestimmungen bisher nicht festgestellt worden. 7. Musikinstrumentensteuer: Eingeführt mit dem 13. Nachtrage zur Gemeindefeuerordnung. Erhebung für das laufende Rechnungsjahr erfolgt zu Beginn des Kalenderjahres 1922. Zur Besteuerung sind angemeldet worden: 251 große (a 40 M.) und 168 kleine (a 20 M.) Instrumente. Nutzmäßige Einnahme ca. 12 000 M. 8. Gewerbesteuer: Eingeführt mit dem 16. Nachtrage zur Gemeindefeuerordnung. Wegen Heranziehung der Landwirtschaft auf eigenen Grundstücken steht die Genehmigung noch aus. 9. Wohnsteuer: 17 Nachtrage zur Gemeindefeuerordnung. Die Genehmigung der Aufschlagsbehörde steht noch aus. — Es wurden 7 Gemeindefeuerordnungsänderungen durchgeführt und ebensoviel für die Staatsinkommensteuer durchgeführt, die ein Aufkommen von rund 10 000 M. zeitigten. Staatsgrundsteuer wurde für 542 Konten erhoben, für eine Einheit 20 Pf., wie im Vorjahre. Für die Einkommensteuer waren neben den laufenden Erhebungsschritten vorläufige Steuerbescheide und Aufforderungsschreiben für das Rechnungsjahr 1921 auszufertigen. In den letzten Dezembertagen sind ca. 1500 Stück Steuerbücher für das Jahr 1922 ausgestellt worden. Umsatzsteuerpflichtige sind zurzeit ca. 550 in die Umsatzsteuerrollen aufgenommen, gegenüber 372 im Vorjahre. Zur Grunderwerbsteuer ist zu erwähnen, daß 38 Steuerfälle vorliegen. Der städtische Zuschlag wurde von 1 1/2 auf 2% erhöht. Eine Tanzstättensteuer wurde vom Finanzausschuß und den städtischen Kollegien abgelehnt. Kirchensteuer wurde für 450 Steuerpflichtige erhoben, sowie für 2078 Steuerpflichtige eine vorläufige Kircheninkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920. Verbunden mit dieser mit den dazu gehörigen Vorarbeiten. Gegenwärtig erfolgt auf Beschluß des Stadtrates die Erhebung einer freiwilligen Einkommensteuer für die Kirche für das Jahr 1921.

Im Krankenhause wurden im Laufe des Jahres 1921 45 Pfleger mit 993 Verpflegten und 36 Frauen mit 1033 Verpflegten behandelt, davon starben 4 Männer und 1 Frau. Als geheilt entlassen wurden 31 Männer und 28 Frauen, ungeheilt entlassen wurden je 5 Männer und Frauen, an andere Anstalten wurden abgegeben 3 Männer und 2 Frauen, der Bestand am 31. Dezember 1921 war 3 Männer und 1 Frau.

Im Jahre 1921 wurden folgende Verpflegte im städtischen Krankenhause gefördert:

	ab 1. 1. 21	ab 1. 8. 21	ab 1. 10. 21
für Kranke der Allgem. Ortskrankenpflege hier	15 M	20 M	25 M
für Kranke der ausw. Kassen	18 M	25 M	28 M
für Kranke, die auf eigene Kosten in einem besonderen Zimmer verpflegt werden	25 M	30 M	45 M

Das Krankenhaus wurde einer vollständigen baulichen inneren Renovation unterzogen, auch wurden die Wäschebestände nach Möglichkeit ergänzt.

Das Armenhaus, das gleichzeitig Instandsetzungsarbeiten unterzogen wurde, beherbergt zurzeit den Armenhausinsassen Hofert und die ledige Zimmermangkat.

Unsere Feuerwehr weist trotz Herabsetzung der Dienstpflicht bis zum 30. Lebensjahr einen Mannschaftsbestand von 345 auf. Erforderlich machte sich die Anschaffung von 150 Meter Schläuchen zum Preise von 4410 M. Pflichtfeuerwehrröhren fanden 5 statt.

An Bränden fanden folgende statt: 7. 11. 1921 bei Adler, Markt 21, 15. 4. 21 bei Thekla Richter am Markt 81, 18. 5. 21 bei Straßberger, Gerberplatz 219, 14. 4. 21 Herberge, Schuhgasse 117, 10. 4. 21 bei Schuhmachermeister Schwabe, Wadergasse 38. 2 Waldbrände am Laubenberge im Laufe des Sommers, am 22. 10. 21 bei Adelf Mittag, Reichthron, 26. 11. 21 bei Lechner, Altenberger Straße 175, 30. 11. 21 bei Paul Jehne, Gartenstraße.

In allen diesen Fällen ist die Feuerwehr nicht alarmiert worden. Die Landspitze rüdete zweimal zur Hilfeleistung aus nach Reichstädt und Albersdorf.

Für den städtischen Forst besteht wie von jeher ein Wirtschaftsplau, welcher 1918 von der Landesforsteinrichtung durch Herrn Oberförster Kahner für weitere 10 Jahre neu bearbeitet und aufgestellt worden ist und nach welchem die Waldabteilungen 1—4 (Waldchen) bewirtschaftet werden. Für die Jahre 1919—1928, für welche der jeweilige Wirtschaftsplau berechnet ist, sind pro Jahr eine Holzgewinnung von 350 Festmeter eingestellt, welches Maß allerdings in den Jahren 1919 und 1920 infolge des großen Mangels an Brennholz überschritten werden mußte und in den nun folgenden Jahren wieder eingespart werden muß. Wie viel für das laufende Jahr Holz abgeerntet ist, steht noch nicht fest, da ein Abschluß nicht vorliegt und durch Wind- und Schnebruch sowie dürre Hölzer immer noch Massen dazu kommen können. Die 30 000 Mark zu erhoffende Mehreinnahme, die der Haushaltplan aufweist, werden erreicht werden, vielleicht auch noch etwas darüber.

Während des vergangenen Jahres sind im Bürgerstulgebäude umfangreiche Aufräumarbeiten und Erneuerungsarbeiten ausgeführt, auch 45 neue Sessel für den Zeichenaal angeschafft worden. Ordere Baulichkeiten sind in Angriff genommen. Unser Schulwesen erfährt im letzten Jahre infolge einer Erweiterung, als Ostern 1921 die Mädchenfortbildungsschule, Verband Dippoldiswalde und Umgegend, errichtet wurde. Die hauswirtschaftliche Klasse wird gegenwärtig von 22, die landwirtschaftliche von 33 Schülerinnen besucht. Innerhalb des Lehrkörpers trat mehrfacher Wechsel ein. Den Eltern war in der öffentlichen Unterrichtswoche vom 27. Juni bis 2. Juli Gelegenheit geboten, den Unterricht in den Klassen ihrer Kinder zu besuchen. Eine vor Weihnachten veranstaltete Jugendschriftenausstellung erfreute sich regen Zuspruchs seitens der Eltern. Auch in diesem Jahre sind der Schule zur Verwendung für unterernährte Kinder, teils vom Roten Kreuz, teils aus Südamerika gespendet, mehrere Kisten Kondensmilch zugewiesen worden. Es konnte bald nach Ostern eine Milchtrinkkur eingerichtet werden, an der 270 Schüler und Schülerinnen 23 Tage lang regelmäßig teilgenommen haben. Eine weitere große Wohltat für unsere Kinder ist die Outdoorpeisung,

70 Kinder werden an jedem Vormittage gespeist. Die Speisungen sollen bis Ostern 1922 fortgesetzt werden. Der Gesundheitszustand der Schulkinder ist durch den Schularzt, Herrn Sanitätsrat Dr. Voigt, dauernd überwacht worden.

Mit Bedauern hat der Schulausschuß immer wieder feststellen müssen, daß die Pflichtstunden für Fortbildungsschüler vielfach unentschuldig und ungerechtfertigt Versäumnisse aufweist und die Schuld hieran nicht nur auf Seiten der Schüler sondern auch auf Seiten der Lehr- und Dienstherren beruht. Zur Vermeidung dieser notwendig gewordenen Bestrafungen ist es daher dringend zu wünschen, daß sowohl seitens der Fortbildungsschüler selbst als auch vor allen seitens ihrer Lehr- und Dienstherren die in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen genauer beachtet werden.

In der Deutschen Mälerschule betrug die Schülerzahl im Wintersemester 1920/21 165, im Sommersemester 180 und gegenwärtig 180. Am 7. Januar 1922 werden noch 23 Schüler erwartet, sodas die Gesamtzahl 190 Schüler ausmachen wird. Davon sind 135 Deutsche und 55 Ausländer. Am 1. April 1921 wurde Herr Ingenieur Sacher als Oberlehrer hauptamtlich angestellt, am 1. Oktober Herr Ingenieur Trempel als Assistent und Hilfslehrer aus. Für ihn wurde ein Verwaltungsassistent lediglich für die Büroarbeiten angestellt. Am 31. Dezember legte Herr Studienrat Direktor Kleber die von ihm erteilten 4 Wochenstunden nieder. Ab 1. 4. 22 ist eine neue hauptamtliche Lehrstelle geschaffen. Die Zusammenfassung des Mälerschulunterrichts wurde dahingehend geändert, daß die beitragsgebährenden Verbände, die Lehrerschaft, die Schüler der Mälerschule und der Mälerinbauerschule je einen Vertreter erhielten. Eine neue Schulordnung wurde aufgestellt. Am Ende des Sommersemesters fand zum ersten Male die Reifeprüfung nach der neuen Prüfungsordnung unter Vorsitz eines Regierungsvorstehers statt, wodurch der Wert der Zeugnisse wesentlich erhöht wird. Mit Beginn des Wintersemesters wurde die dritte Mälerschulklasse mit 16 Schülern erteilt. Im Laufe des Jahres wurden die Beiträge des Verbandes Deutscher Mäler, des Vereins Deutscher Handelsmüller und des Verbandes Deutscher Mälerinbauvereine verdoppelt, sodas jeder Verband jetzt 5000 M. jährlich beisteuert. Auch reiche Stiftungen an Lehrmitteln seitens vieler Mälerinbauvereine sind zu erwähnen, deren Wert etwa 10 000 M. beträgt. Die Einzelaufgaben würde zu weit führen. In die Wege geleitet sind Verhandlungen mit dem Deutschen Mälerbund und dem Bunde Deutscher Oelmüller wegen Beiträgen zu der Schulunterhaltungskosten; ferner mit sämtlichen deutschen Handwerks- und Gewerbetagungen wegen Gleichberechtigung der Reizeugnisse der Deutschen Mälerschule mit dem beständigen theoretischen Teil der Meisterprüfung im Mälergewerbe, die vom Verband Deutscher Mäler empfohlen unterstützt worden ist. Nach dem Plane der Direktion ist in Aussicht genommen, die Unterrichtsmühle in eine wissenschaftliche Versuchsmühle umzubauen.

Die Handels- und Gewerbeschule hat sich auch im vergangenen Jahr kräftig weiter entwickelt und ist ihrer Aufgabe, Schulentlassenen jungen Leuten beiderlei Geschlechts eine über das Ziel der allgemeinen Fortbildung hinausgehende Bildung, insbesondere eine grundlegende Fachbildung in den kaufmännischen, landwirtschaftlichen und gewerblichen Beruf zu gemähren, nach besten Kräften gerecht geworden. Ostern 1921 wurde die von Ministerium schon seit Jahren verlangten ständigen Lehrstellen geschaffen. Der während des Krieges auf 8 Wochen verminderte Unterricht der landwirtschaftlichen Abteilung wird wieder in 12 Wochenstunden erteilt. Nach Verlegung der landwirtschaftlichen Unterrichtsstunden nach Darand hat der Landeskulturrat der Schule dadurch entgegen, daß er ihr für den landwirtschaftlichen Fachunterricht einen Landwirtschaftslehrer überweist. Die Handelsschule besteht zurzeit aus 6 Klassen mit je 12 bzw. 13 Wochenstunden Unterricht, die Gewerbeschule aus 6 Klassen mit je 9 Stunden Unterricht. Außerdem erhalten die Scholiedelehrkräfte noch monatlich 3 Stunden Hausbesuch-Unterricht. Die Besucherzahl der kaufmännischen Abteilung der Handelsschule ist 75 (darunter 42 Mädchen), und zwar 42 aus Dippoldiswalde, und 33 aus 13 Orten des Bezirks, die der landwirtschaftlichen Abteilung 69, und zwar 8 aus der Stadt und 65 aus 30 Orten des Bezirks. Die Gewerbeschule wird von 125 Schülern, 53 aus der Stadt, 72 aus 28 Orten des Bezirks besucht. Die wiederholte an den Bezirk gerichteten Gesuche um Gewährung eines Beitrages zu den Schulunterhaltungskosten wurden wider Erwarten abgelehnt, obgleich zwei Drittel der Schüler im Bezirk ihren Wohnsitz haben. Dagegen hat die Handelskammer Dresden auch im laufenden Schuljahre eine namhafte Jahresunterstützung gewährt. Trotz Gewährung höher Zuschüsse von Seiten der Regierung, der Handelskammer und der Stadtgemeinde wird es sich nicht umgehen lassen, im neuen Schuljahre auf eine Erhöhung des Schulgeldes zuzugehen. Die Anstalt wurde im Laufe des Jahres mehrfach inspiziert. Infolge Raummangels mußte der Unterricht in der Hauptsache auf die Nachmittags- und späteren Abendstunden verlegt werden. Nach Fertigstellung des von den städtischen Kollegien beschlossenen Schulraumes und Zusammenlegung besonderer Räume an die Handels- und Gewerbeschule wird es möglich sein, den Unterrichtsplan den Bedürfnissen der Schule entsprechend zu gestalten und insbesondere einen Teil des Unterrichts auf die Vormittagsstunden zu verlegen und dadurch die Unterrichtserfolge der Schule wesentlich zu heben.

Der Polizeidienst wurde von Polizeikommissar Burkhardt und 5 Polizeibeamteten sowie dem Ratsboten ausgeführt. Im Berichtsjahre und 7 Festnahmen erfolgten und 208 Anzeigen erstattet worden. Außerdem wurden 1033 Erörterungsanzeigen erstattet und 2633 Strafverfahren erledigt. Ferner wurden polizeilich vier Leichname aufgehoben, 6 Transporte ausgeführt und eine Anzeige über einen tödlichen Unglücksfall erstattet. Am 1. Dezember 1921 wurde eine Viehzählung vorgenommen. Von den Polizeibeamteten wurde eine Nachschau sämtlicher Rasse und Gewicht sowie Merkzeichen vorgenommen, außerdem eine größere Zahl Revisionen ausgeführt. Im Berichtsjahre sind zur Fleischschau 218 Rinder, 539 Kälber, 518 Schweine, 57 Schafe, 88 Ziegen und 95 Pferde angemeldet worden. Auf der Freibank wurden 8 Rinder, 2 Kälber und 10 Schweine verkauft.

Bei der Registratur 1 wurden Pässe, Ausweise, Sichtvermerke, Arbeitsbücher, Führungszeugnisse usw. usw. in 732 einzelnen Fällen ausgestellt, 379 Anmeldungen von Lustbarkeiten, 11 Gewerbeanmeldungen bewirkt. Ueberhaupt weist Reg. I 1430 Einträge auf die Stadt 7330,90 M. 85 Kinder wurden erstmalig entfallen auf die Stadt 7330,90 M. 85 Kinder wurden erstmalig, 98 wieder geimpft. 121 Strafverfügungen wurden erlassen und an Strafgebern 3165 M. vereinnahmt. Der Einwohnerstand betrug am 1. Januar 4294 und am 31. Dezember 4339 Personen, das sind 45 mehr.

Die Zahl der Sozialrentner beträgt 211. Bei der Unfallversicherung erfolgten 53 Unfallanzeigen, bewirkt wurden 10 Unfallunterstützungen. Weiter beschäftigten das Versicherungsamt 18 Anträge auf Invaliden- bzw. Krankrente, 3 Alters-, 7 Hinterbliebenen-Rente und einer auf Übernahme eines Heilverfahrens.

Auf Anträge der hiesigen Ortskrankenkasse nahm das Versicherungsamt einige Male Bestrafungen von Arbeitgebern vor, die ihr Dienstpersonal verspätet zur Kranken- und Invalidenversicherung angemeldet hatten. Außerdem gelang es ihm, im Laufe dieses Jahres die Genehmigung zur Schaffung des gebildeten Vor-

standes der Krankenkassen Dippoldiswalde-Stadt und -Land vom Oberversicherungsamt zu erhalten. Ihm wurde auch die Aufsicht über diesen Verband übertragen. Wie im Jahre 1920, so wurden auch dieses Jahr von der städtischen Regierung Mittel zur Unterstützung bedürftiger Arbeiterrentenempfänger zur Verfügung gestellt.

Im Laufe des Berichtsjahres waren insgesamt 327 männliche und 146 Vollerwerbslose, sowie 344 männliche und 71 weibliche Kurzarbeiter zu verzeichnen. Die Höchstzahl der Vollerwerbslosen betrug im März 86; am wenigsten Vollerwerbslose waren im Monat November zu verzeichnen und zwar nur 20. Die Höchstzahl der Kurzarbeiter wies der Monat Januar mit 104, am wenigsten der Monat November mit nur einem Kurzarbeiter auf. Der monatliche Durchschnitt betrug an männlichen Vollerwerbslosen 27,25, an weiblichen 13,66, an männlichen Kurzarbeitern 28,66, an weiblichen 5,0.

Mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge wurden folgende Maßnahmen gefördert: Bauliche Änderungen im Archiv, Umbauarbeiten im Eipamt, Schienenverlegung in der Rabenauer Straße, Errichtung einer Kraftwagenhalle, Herstellung der Wasserleitung im Schwarzbachtal mit zusammen 44 136,— M. Davon entfielen 3678,— M. auf die Stadt. An Zuschüssen sind noch zu erwarten 18 650,16 M. für Beschleunigungs- und Fußwegverbreiterungsarbeiten der Altenberger Straße und 40 871,26 M. für die Bahnarbeiten im Großen Leiche.

Am 24. Januar 1921 wurde der Wohlfahrtspflegebezirk Dippoldiswalde-Stadt und Umgebung gegründet. Die bisherige Gemeindefürsorge, Fräulein Hellriegel, wurde als Bezirkspflegerin angestellt. Vom Pflegeauschuß wurde ein Arbeitsauschuß gewählt. Der Verband führte eine Mutterberatungsstelle ein, die Herr Dr. Giebler, hier, leitet. Am 1. September 1921 wurde dieselbe eröffnet. Bisher haben 18 Mütter diese Stunden besucht. Ebenso wurde durch den Verband eine Tuberkuloseberatungsstelle eingeführt. Diese wurde am 8. 9. 21 eröffnet und steht unter Leitung des Herrn Dr. Niebold-Hödenberg, Spezialarzt für Lungenerkrankheiten. Bisher haben 34 Personen (Erwachsene und Kinder) von den Beratungsfunden Gebrauch gemacht. Erfolgreich ist insbesondere der stetig wachsende Besuch der Beratungsfunden. Weiterhin wurden Kinder durch Vermittelung des Wohlfahrtsamtes in Heilanstalten bzw. in Erholungsstätten usw. untergebracht.

Meine hochverehrten Herren! Ich bin nun endlich am Schluß meines Berichtes über das Kalenderjahr 1921 angelangt, mit dem ich Ihre Aufmerksamkeit auf eine besonders harte Probe gestellt habe. Wenn ich so ausführlich in meinem Berichte gewesen bin, so bitte ich, als Begründung folgendes anzusehen zu wollen: Einmal wollte ich den Herren Vertretern unserer Rats- und Stadtverordneten-Kollegiums an der Hand von Jahrmaterial vorführen, daß der Umfang unserer Stadtverwaltung im Vergleich zu früheren Jahren selbst nach Wegfall der Zwangswirtschaft im allgemeinen durchaus nicht abgenommen, sondern in wesentlichem Umfang zugenommen hat. Sinegen ist nach dem Weggange meines hochverehrten Herrn Vorgängers, Bürgermeisters Dr. Hornig, eine Vermehrung des Personals lediglich bei der Bürokratie, die ja nach Ausführung meines Berichtes ein so hoherfreaklicher Aufschwung genommen hat, nicht zu verzeichnen gewesen. Sie sehen vielmehr, daß unsere treubewährte Beamtenschaft in vollem Umfange ihr bestes Können und Wissen durch stetiges Arbeiten in den Dienst der Stadt gestellt hat. Ich bin stolz darauf, an der Spitze eines derartigen Beamtenskörpers stehen zu dürfen. Es ist mir daher auch ein Herzensbedürfnis, auch von dieser Stelle aus der Beamtenschaft meinen tiefempfindenen Dank für ihre treue Mitarbeit auszusprechen. Ich möchte deswegen auch die Herren beider städtischer Kollegien schon im voraus bitten, die Ihnen demnächst zugehende neue Vorlage über die Befolgung unserer städtischen Beamten und Angestellten mit weitgehendem Wohlwollen in Beratung zu nehmen soweit es die finanziellen Verhältnisse unserer Stadtgemeinde erlauben und die an Sie gestellten Ansprüche berechtigt erscheinen. Mein Bericht ist aber auch deswegen so ausführlich ausgefallen, weil ich die Ansicht einzelner Beamter selbst über die Arbeitsleistung ihrer Mitarbeiter richtig stellen wollte und ihnen nachweisen, daß jeder von ihnen meines Erachtens seine Pflicht erfüllt und notwendig ist; wir sonach auf ein neues gemeinschaftliches Arbeiten angewiesen sind.

In schwerer erster Zeit habe ich vor Jahresfrist mein Amt angetreten. Wieder verjank ein Jahr im Meer der Ewigkeit. Nun stehen wir wieder an der Schwelle eines neuen Jahres und sehen ihm erwartungsvoll entgegen. Dunkel und ungemiß liegt als auch für den Staat, wie auch für unsere liebe Stadtgemeinde Dippoldiswalde. Äußere und innere Feinde bedrohen unausgesetzt den Bestand des Reiches und trübe bilden viele Vaterlandsfreunde in die Zukunft. Bald werden sich die ersten Anzeichen eines weiteren Niederganges möglicherweise bemerkbar machen und die Not unserer schaffenden Bevölkerung wird wachsen. Da lassen Sie uns trotzdem nicht müßig werden, nicht die Hände in den Schoß legen und untätig abwarten, sondern lassen Sie uns beizeiten Vorzüge und Maßregeln zur Linderung der zu erwartenden Not in Form von Notstandsarbeiten, namentlich auf dem Gebiete des Wegebauwes, des Wasserleitungsbaues usw. treffen.

Arbeit und nochmals Arbeit muß die Lösung für uns sein! Den Menschen zu dienen ist bisher mein Lebensziel gewesen und wird es bleiben. Zur Lösung der zu erwartenden Aufgaben bedarf es aber auch der Mitarbeit aller, der Vertreter der städtischen Kollegien sowohl wie auch sämtlicher Beamten und Angestellten vom ältesten bis zum jüngsten. Möge Gott uns seinen reichsten Segen zu unserem gemeinsamen Wirken und Schaffen verleihen zum Heil und weiteren Gedeihen unserer lieben Stadt Dippoldiswalde.

Die wahren Kriegsschuldigen.

Seit geraumer Zeit führt der französische Deputant Louny de Gouttenoire in der Pariser „Humanité“ einen erlöhterten Kampf gegen den ehemaligen Präsidenten Poinecare, den er in unverblümter Weise der Mitschuld am Weltkrieg zehlt. Poinecare bemühte sich wiederholt, durch öffentliche Erklärungen sich von aller Schuld reinzuwaschen, doch vermochte er dadurch den Verdacht nicht zu entkräften und gilt auch heute noch bei allen unvoreingenommen urteilenden Politikern als einer der Hauptschuldigen an dem verheerenden Weltbrand.

Ein neuer Beweis dafür, wie berechtigt diese Beschuldigungen sind, bilden einige bisher unbekannt gebliebene Berichte des ehemaligen russischen Votschafters in Paris Tzowolski an den russischen Außenminister Sazonow. Diese Berichte, von denen ein Teil demnächst in Buchform erscheinen sollen, entkommen neuen Funden der Sowjetregierung in den russischen Zeitungen und werden jetzt im Auszuge veröffentlicht.

Die Zeit ihrer Abfassung sind die Jahre 1912/13, also die Tage des österreichisch-russischen Balkankonfliktes. Im Januar 1913 wurde Poincaré, bis dahin Minister des Auswärtigen, zum Präsidenten der Republik gewählt. Aus den Schriftstücken geht zur Genüge hervor, wie wenig Berechtigung dieser dazu hat, sich vor der Anschuldigung zu verwahren, daß er in den Jahren vor Kriegsbeginn die Kriegsstimmung in Frankreich und Rußland geschürt habe.

Serbien verlangte damals bekanntlich einen Zugang an die Adria, der ihm jedoch von Oesterreich verweigert wurde. Rußland, das sich seit jeher als Schutzherr der Balkanstaaten fühlte, ergriff selbstverständlich auch diesmal die Partei Serbiens und wurde in seinem Auftreten gegenüber Oesterreich bestärkt durch die französische Regierung, die, wie aus dem Bericht Iswoolskis hervorgeht, dem russischen Vorkämpfer wiederholt durch den Außenminister Poincaré versichert ließ, daß „Frankreich im Falle der Notwendigkeit sein Bündnispflichten loyal erfüllen werde“. Als dann Oesterreich zehn Armeekorps gegen Serbien mobilisierte, ohne daß Rußland irgendwelche Gegenmaßnahmen zu treffen schien, meldete Iswoolski nach Petersburg, die gleichgültige Haltung Rußlands erfülle die französische Regierung mit „unerschütterter Besorgnis“ und habe Poincaré und alle französischen Minister in die größte Bestürzung versetzt. Ueber die Kriegsvorbereitungen Frankreichs macht Iswoolski folgende, für das „friedliebende“ Frankreich sehr bezeichnende Mitteilungen:

„Die Mobilisation lastet schwer auf den ohnedies zerrütteten ökonomischen Finanzen, man kann daher von Tag zu Tag ein kategorisches Hervortreten des österreichischen Kabinetts erwarten. Des Herbartens kann, wie man hier annimmt, den Widerstand Rußlands hervorzurufen, das dann automatisch und unabweisbar erst Deutschland und später auch Frankreich in den Krieg hineinziehen wird. Die französische Regierung verhält sich dieser Möglichkeit gegenüber durchaus ruhig, überzeugt, und ist fest entschlossen, ihre Bündnispflichten zu erfüllen. Alle notwendigen Maßnahmen sind von französischer Seite getroffen; die Mobilisation an der Obergrenze ist geübt, die Ausrüstung in voller Ordnung.“

In dem nächsten Bericht an die Petersburger Regierung teilt Iswoolski mit, wie er die Kriegsstimmung im französischen Volke zu werden und wachsen hält: „Es heißt darüber:

„Die Ähren bekannt beteiligte ich mich nicht direkt an der Verteilung der Subsidien, die Verteilung wird aber unter Mitwirkung der französischen Minister vorgenommen und hat bereits die nötige Wirkung gehabt. Von mir aus versuche ich durch persönliche Beeinflussung die Hauptzeitungen in Paris, wie den Temps, Journal des Debats, Echo de Paris, zu lenken.“

Ein weiteres Geheimtelegramm Iswoolskis teilt mit, daß Poincaré (der inzwischen zum Präsidenten der Republik gewählt worden war) sich zu ihm dahin geäußert habe, daß

„er in keiner Eigenschaft als Präsident der Republik auf die Außenpolitik Frankreichs direkten Einfluß habe und es nicht verdammen werde, daß die's Einfluß zu bedienen, um im Laufe der nächsten sieben Jahre die Unveränderlichkeit einer auf dem engen Bündnis mit Rußland aufzuhauenden Politik sicherzustellen. Der französischen Regierung sei es von größter Wichtigkeit, die französische öffentliche Meinung auf die Beteiligung Frankreichs an einem durch die Lage auf dem Balkan hervorgerufenen Krieg vorzubereiten. Daher bittet uns die französische Regierung, keinerlei Einseitigkeiten zu unternehmen, die solchen Krieg ohne vorausgegangenen Meinungsaustausch mit Frankreich hervorgerufen könnten.“

In einem Schreiben am nächsten Tage berichtet der Vorkämpfer dem Minister Sazonow, daß Poincaré bis zur endgültigen Übernahme der Präsidentenämter, die erst in drei Wochen erfolgen werde, sich täglich im Ministerium des Auswärtigen aufhalte, und daß Herr Jonart, der Nachfolger Poincarés als Minister des Auswärtigen, ohne sein Wissen und Einverständnis keinerlei Anordnung treffe. Aus seinen Unterredungen mit diesen beiden Staatsmännern hat Iswoolski folgenden Schluß gezogen:

„Die französische Regierung ist fest entschlossen, und gegenüber die Bündnispflichten in ihrem ganzen Umfang zu erfüllen. Die französische Regierung ist sich dessen bewußt, daß das Endergebnis der augenblicklichen Verhandlungen eine Teilnahme Frankreichs an dem allgemeinen Kriege notwendig machen wird, und sieht dieser Möglichkeit mit größter Ruhe entgegen. Damit aber Frankreich jede Minute Rußland in weitestem Maße seine Freundschaft und Bundesgenossenschaft erweisen kann, bittet uns die französische Regierung in dringender Einzelhandlung ohne vorausgegangenen Gedankenaustausch mit dem verbündeten Frankreich zu unternehmen, denn nur unter dieser Bedingung kann die Regierung die französische öffentliche Meinung erfolgreich auf die Notwendigkeit einer Teilnahme an dem Kriege vorbereiten.“

In diesem Zusammenhang verdient auch die Tatsache Erwähnung, daß in dieser Zeit der friedlich gesinnte, der russischen Kriegspartei Widerstand leistende französische Vorkämpfer Georges Louis von Petersburg aberufen und Delcasse an seine Stelle gesetzt wurde. Schon aus diesen wenigen Sätzen erkennt man klar und deutlich, wo der Krieg „gemacht“ worden ist. Gewiß nicht bei uns!

Ein Probetag.

Am 10. Januar wird dem Völkerbundsrat wieder einmal Gelegenheit gegeben zu beweisen, ob er nach wie vor ein Verehrer einseitiger Interessen oder ein ausführendes Organ eines Völkerbundes zu sein gedenkt, der etwas anderes darstellt als den Berichtsvollzieher der im Verband zusammengeschlossenen Siegerstaaten. Ja, da im Völkerbundsrat, obwohl der Belgier Dymans den Vorsitz führt, der Einfluß Frankreichs nach allen bisherigen Erfahrungen überwiegt, darf man sagen, daß die bevorstehende Tagung des Völkerbundsrates den Beweis zu erbringen hat, ob er lediglich ein Vertreter französischer Interessen oder eine vorurteilsfrei die Dinge betrachtende Stelle ist.

Wenn nun Deutschland auch bisher — vor allem mit Rücksicht auf die Erlebte der oberschlesischen Frage — keinerlei Gelegenheit gehabt hat, sich von dem Berechtigungsgefühl des sogenannten Völkerbundes zu überzeugen zu können, so hat doch der bevor-

stehenden Tagung ein Fall zur Entscheidung vor, der ein ganz besonderes Interesse verlangt. Der Völkerbundsrat hat nämlich zu entscheiden, ob er die immer nur für ein Jahr zu wählende Regierungskommission des Saargebietes wieder zu wählen gedenkt oder nicht. Wer die Herren des Saargebietes sind, weiß man, und was sie bisher als Treuhänder des Saargebietes geleistet haben, weiß man auch nachgerade. Vorsitzender der Regierungskommission ist der Franzose Kault, dem ein Belgier und ein Kanadier zur Seite stehen. Alle diese drei Herren sind der Danksprache des Deutschen nicht mächtig. Deutsch verstehen wohl die beiden anderen Mitglieder, ein Pariser dänischer Nationalität, der ganz im französischen Fahrwasser segelt, und der Saarländer Dr. Hector, den die Saarbevölkerung als ihren Vertreter ablehnt, weil er lediglich als willkürliches Werkzeug Frankreichs in die Regierungskommission hineinkam.

Der Zusammenfassung dieser famosen Treuhänderregierung entsprechen ihre Taten, die ein einziger großer Werbefeldzug für Frankreich sind und ein einziger Werbefeldzug gegen den Versailler Frieden. Das ist oft genug betont worden und wird am besten bewiesen durch die Tatsache, daß sie unter schwerster Sophistik und stärkster Rechtsbeugung gegen die klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages den französischen Franken mehr und mehr zum amtlichen Zahlungsmittel gemacht haben. Gegen die klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages haben sie auch das Saarpalament bis jetzt zu hintertreiben vermocht und als Vertreter demokratischer Staaten eine rein absolutistische Herrschaft an der Saar ausgerichtet, um ohne Ansehen der Bevölkerung und gegen deren Willen unentwegt französische Politik treiben zu können. Die Bevölkerung lehnt darum auch diese Regierung ab und hat beim Völkerbund ihre Ablehnung beantragt. Auch das Deutsche Reich hat gegen die Wirtschaft dieser eigenartigen Treuhänder zu wiederholten Malen Einspruch erhoben. Kommt es dem Völkerbundsrat aus ethischen Gründen nicht an, so kann er darum als Instrument Frankreichs die Saargebietregierung wiederwählen. Er beweist dann aber auch vor aller Welt, wessen Politik er betreibt.

Soziales.

† Gleichstellung der Reichspensionäre mit den preussischen. Die Pensionäre des Reichs werden durch eine Novelle zum Pensionergesetz, die demnächst dem Reichstag zugeht, den preussischen Pensionären betreffs Steuerungs- und Kinderzuschläge gleichgestellt werden. Der Entwurf hat Wirkung vom 1. Oktober 1921.

† Die Unterfütterung der Rentempfänger. Für die Notstandsmaßnahmen zur Unterfütterung der Rentempfänger der Invaliden- und der Angestelltenversicherung hat der Reichsarbeitsminister eine wichtige Ausführungsverordnung zu dem Reichsgesetz vom 7. Dezember erlassen. Die Gemeinden haben die Maßnahmen beschleunigt durchzuführen. Als Rentempfänger werden auch Personen angesehen, die aus Erbschaften Ruhegeld oder Renten auf Grund reichsgesetzlicher Versicherungspflicht beziehen. Die Berechtigung zum Bezüge der Rente oder des Ruhegeldes muß durch Vorlegung des letzten Rentenscheides nachgewiesen werden. Es genügt auch eine Bestätigung der Rahlstelle, des Versicherungsamtes, des Rentenausschusses oder der Erbschaftsbehörde. Die weiteren Feststellungen sind von Amts wegen vorzunehmen. Tatsachen können als festgestellt angesehen werden, wenn der Rentempfänger sie vor einer zuständigen Stelle in Gegenwart eines Zeugen an Eides Statt versichert. Die Unterfütterung soll in der Regel jeweils für ein Kalendervierteljahr festgesetzt werden.

Aus Stadt und Land.

† Kriegsgefangenen-Schuld. Bei der Hamburg-Amerika-Linie ist ein größerer Posten von Gepäckstücken eingetroffen, der von den in den Vereinigten Staaten in Gefangenschaft gewesenen Seeleuten bei ihrer Rückkehr in die Heimat drüber zurückgelassen werden mußte. Die Gepäckstücke lagern im Gepäckschuppen der Hamburg-Amerika-Linie beim Hauptbahnhof Altonaerstraße, wo sie von den Eigentümern gegen Vorzeigung genügender Ausweispapiere in Empfang genommen werden können.

† Spende peruanischer Kinder. Aus dem Ertragnis einer Sammlung der Kinder Perus zugunsten der darbenenden und kranken Kinder in Deutschland und Oesterreich sind dem Dresdener Oberbürgermeister durch die deutsche Gesandtschaft in Lima 100 000 Mark für die notleidende Jugend in Sachen abvermittelt worden. Die Spende soll zur Beschaffung von Wäsche und Kleidungsstücken Verwendung finden.

† Hansbesitzkreis in Nürnberg. In Nürnberg beschloß eine Versammlung der Hausbesitzer einstimmig, vom 1. Januar in den Gebührenspreisen einzutreten und die Befragung der städtischen Behörden zu vermeiden, bis den Hausbesitzern in der Frage der Erstattung der Reparaturkosten entgegengekommen ist.

† Ein Hamburger Dampfer gesunken. Der Dampfer „Helmuth“ der Hamburger Reederei Röhling, Mengell u. Co., der in schwerer Seesnot nördlich von der Doggerbank (vor dem englischen Kanal) gemeldet wurde, ist gesunken. Die Befragung ist gerrichtet. Sieben Mann sind bereits in Kiel gelandet, während die übrigen von mehreren englischen Dampfern aufgenommen sein sollen.

† Haftentlassungen in der Mordsache Erzberger. Nach der Erschießung Erzbergers wurden in München dreizehn Personen verhaftet. Nunmehr sind alle bis auf zwei wieder in Freiheit gesetzt worden. Verhaftet blieben Kapitänleutnant A. D. Manfred v. Klinge und Leutnant A. D. Herbert Müller. Klinge steht im Verdachte der Begünstigung, Müller im Verdachte der Mitwisserschaft.

† Grippeferien. Das Provinzial-Schulkollegium in Kassel genehmigte auf Antrag der städtischen Schulbehörde in Frankfurt a. M. wegen der sehr stark auftretenden Grippe die Verlängerung der Weihnachtsferien bis zum 11. Januar. In Köln bleiben die Schulen zunächst bis zum 7. Januar geschlossen.

Schloß Damerow.

(37. Fortsetzung.)

Auch mit Agnes hatte Hellmut wieder Frieden geschlossen. Man begab sich in das Haus. Egon gab hier nochmals eine Schilderung der gesamten Vorgänge, Erlebnisse und Abenteuer, die von einer außerordentlich tiefgehenden Wirkung war namentlich bei Agnes und bei Kohlrusch. Glauben diese beiden doch im Geheimen, daß nun, nachdem Egon zurückgekehrt, auch wieder mit einem Morde gerechnet werden müsse, wobei der Kaufmann Hinrichsen als Opfer, Egon aber als Mörder anzusehen sei. Diese Erkenntnis hatte bei Agnes den plötzlichen Schreden ausgelöst, aus dessen Veranlassung sie den Keller hatte fallen lassen. Jetzt aber war dieser furchtbare Traum wieder von ihr gewichen; sie lachte und scherzte wie ein ausgelassenes Kind, ja, sie umarmte Egon, als er an ihrem Plage vorüberging. Er wußte sofort, was diese Liebtönde zu bedeuten hatte.

Es war ein köstlicher, durch seinen Witzton getriebener Nachmittag, der bei allen Beteiligten eine bleibende Erinnerung zurückließ.

Ueber Egons Zukunft einigte man sich dahin, daß er in Damerow als Inspektor angestellt und zu diesem Zwecke von Hellmut entsprechend angeleitet und beraten werden sollte. Das war leicht durchführbar, weil Hellmut den durch Kohlruschs Abgang aus dem Hauptgut freigewordenen Posten noch nicht wieder besetzt hatte.

So war schließlich noch alles zu einem guten Ende ausgeführt. Der Name v. Hagen beruhte wieder auf vier Augen; es bestand keine Befürchtung, daß er aussterben könne. Denn daß es für Egon das Beste sei, in absehbarer Zeit einen eigenen Hausstand zu gründen, wurde ihm bei dieser Unterredung von allen Seiten nahegelegt. Er hatte auch keine Einwendungen dagegen erhoben. Im Gelste tauchten sogar zwei große braune Augen vor ihm auf, die ihn blitzend ansahen. Ihm war ganz warm dabei geworden.

An einem der nächsten Tage, als Kohlrusch und der alte Baron Baron auf das Feld gegangen waren, hatten sich Agnes und Egon in einem kleinen Esszimmer des Gutshauses zu der vereinbarten engeren Aussprache zusammengefunden.

„Ich bin wirklich zu erfahren begierig,“ begann Agnes mit Spannung in ihren feinen Gesichtszügen, „wie du an den falschen Hinrichsen geraten konntest, und wie sich das Drama in Meissenstein eigentlich abgespielt hat. Denn nur darauf kann sich dein Bericht beziehen, den du abblatten willst.“

„Du hast recht,“ gab er zur Antwort und erzählte:

„Als ich Damerow nach unserer nächtlichen Unterredung vor zwei Jahren verließ, ging ich über Rottlau nach Belonten und verstaute mich im Parke, weil ich hoffte, hier zu allererst den Bräutigam Adeles auffällig zu Gesicht zu bekommen. Tatsächlich erschien gegen Mittag Waldemar Barpart mit seinem Sohne, dem Husarenoffizier, und ein fremder Herr, der Adele am Arm führte, und den ich für den Bräutigam halten mußte, weil sie ihn drühte. Von meinem Besten aus konnte ich einen Teil ihrer Unterhaltung ausfangen. Danach wollte er noch am Nachmittag nach Meissenstein abreisen, um dort Landkäufe für seine Firma vorzunehmen. Ich kannte von dir nur den Namen „Hinrichsen“ und glaubte auch noch in Meissenstein, wohin ich ihm gefolgt war, es mit dem Bräutigam Adeles zu tun zu haben, obgleich er keinen Verlobungsring trug. Daß angehende Ehemänner ihren Weib vom Finger ziehen, wenn sie in unbekanntem Gegenden sich ausleben wollen, soll ja öfter vorkommen. Dieser Umstand fiel für mich also nicht weiter ins Gewicht. Ich wurde bald mit ihm bekannt, erfuhr von ihm den Tag, an welchem die Kaufleute der Firma an ihn eingeben sollten, und beschloß — da auch verschiedene andere Umstände günstig waren — teils, um das dir gegebene Versprechen einzulösen, teils, um mich in den Besitz der Gelder zu setzen, gleich an diesem Tage zur Tat zu schreiten. Ich beabsichtigte, Hinrichsen auf dem Fußwege, der dicht an dem bewußten Felsabhang vorbeiführt —“

Egon hatte die letzten Worte nur stoßend hervorbringen können. Jetzt hielt er inne. Er war bleich geworden. Seine Hände zitterten.

„So weit hatte mich also der Teufel schon in den Krallen. Wirklich zum Mörder wollte ich werden.“ Wieder machte er eine Pause. Er atmete.

„Am Abend vor dem Unglückstage waren wir in der Felsenkante zusammengetroffen. Wir kamen in lebhafter Unterhaltung über Altertümer und Seltenheiten. Er kaufte mir meinen Schlangenring für 350 Mark ab. Das weißt du bereits aus meiner früheren Schilderung. Aber bei dem darauffolgenden Spiele war nicht ich der Gewinner, wie ich dies dem Untersuchungsrichter angegeben und auch Euch erzählt habe, sondern Hinrichsen. Ich selbst hatte mich nur wenig am Spiele beteiligt.“

„Weshalb machtest du falsche Angaben?“

„Damit meine plötzliche, falsche Abreise nach Monte Carlo, die ich noch am gleichen Abend ausfuhr, dem Richter erklärlich wurde. Denn nur wenn ich in den Besitz größerer Geldsummen gelangt war, hatte meine Fahrt nach Monte Carlo Berechtigung.“

„Du hättest gar nicht zu sagen brauchen, daß du gerade dorthin gefahren seist.“

„Ich wußte doch aber von Adele, daß man die Spur des vermeintlichen Hinrichsen, also meine Spur, bis nach Monte Carlo verfolgt hatte, und mußte deshalb diese Reise zugeben und begründen.“

„Aha! Das ist richtig.“

„Als das Spiel ausgeben wurde und wir wieder unser Hotel in Meissenstein aufsuchten, kam Hinrichsen auf die Idee zurück, die ich an einem früheren Tage angeschritten. Er wollte in Monte Carlo sein Glück versuchen, weil er zwei arbeitsfreie Tage vor sich hatte; einen Sonntag und den darauf folgenden Erntebankfesttag, an welchen beiden Tagen er die Hinz- und Rückreise mit einer Spielnacht dazwischen ausführen konnte. Er lud mich zu dieser Reise als seinen Gast ein. Ich sagte zu. Im Korridor des Hotels, unter der Lampe, wollte Hinrichsen noch schnell einen Einblick ins Kursbuch tun. Er suchte in seinen Taschen, die mit Geschäftsbriefen und sonstigen Gegenständen angefüllt waren, konnte es aber nicht soaleich finden.“

(Fortsetzung folgt.)